

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

285 (6.12.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgan

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8. 52. Jahrgang

Donnerstag, den 6. Dezember 1951

Nr. 215

Deutschland-Debatte in Paris vertagt Bonn schickt Brentano, Schäfer und Reuter — Neun Monate Wahlvorbereitung

Paris (UP). Der Politische Sonderausschuss der UN-Vollversammlung hat seine Deutschland-Debatte bis Samstag vertagt, um den Vertretern der west- und der ostdeutschen Regierung Gelegenheit zu geben, sich zu den an sie ergangenen Einladungen zu äußern und nach Paris zu kommen.

Während Bonn als offizielle Delegation die Bundestagsabgeordneten Dr. von Brentano (CDU), Dr. Schäfer (FDP) sowie den Berliner Bürgermeister Reuter (SPD) nach Paris entsenden wird, reagiert die Regierung der Sowjetzone negativ. Sie lehnte eine Überprüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen durch die UN ab. In einer Erklärung der Kommission, die unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht ein Gesetz für gesamtdeutsche Wahlen ausarbeitet, heißt es u. a.: „Der Plan auf Einsetzung einer dollarrabhängigen UN-Kommission, die prüfen soll, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben sind, widerspricht offenkundig dem Willen der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, welche die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen zur Nationalversammlung wünscht.“ Die Regierungskommission meinte jedoch einschränkend: „Die Frage einer internationalen Kontrolle kann in der gesamtdeutschen Beratung besprochen werden.“ Die Kommission bezeichnete dem Gedanken, ein Wahlgesetz von der UN vorlegen zu lassen, als „Zumutung“ und „grundlegende Verletzung der Demokratie“. Das deutsche Volk verfüge über ausreichende Wahlerfahrungen und lehne es daher ab, von den Regierungen der USA und Großbritannien wie ein „Kolonialland“ behandelt zu werden.

In einem Vortrag über den Bayerischen Rundfunk trat der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, August Martin Euler, für eine neunmonatige Vorbereitungszeit für die gesamtdeutschen Wahlen ein. Nach seiner Auffassung benötigten die internationalen Kontrollorgane so viel Zeit, um die staatsbürgerlichen Freiheiten in der sowjetischen Zone zu gewährleisten. Es gäbe im übrigen nur einen Weg, um die Sowjets früher oder später an einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu interessieren. Dies sei die „bündliche Vereinigung der Völker“, welche die vereinigten Staaten von Europa zum Ziele haben. Den Anfang sollten die sechs Schumanplanländer machen. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß die Integration Europas von der gleichberechtigten Einordnung Deutschlands abhängt.

Abrüstungsfragen in Paris Einigung nur über Unwichtiges — Streit um die Rüstungskontrolle

Paris (UP). Die geheimen Vorverhandlungen der vier Großmächte über die Abrüstung wurden am Mittwoch mit zwei Sitzungen in Paris fortgesetzt. Der Vorsitzende der Konferenz, der Mexikaner Nervo, stellte fest, daß die bestehenden Gegensätze im Augenblick nur schwer ausgeglichen werden könnten. Er hoffe jedoch, daß die Konferenz bei Beendigung ihrer Arbeit am nächsten Montag über Fortschritte berichten könne. Nach den bisher erreichten Informationen haben beide Seiten ihre Standpunkte klären und Mißverständnisse aus dem Wege räumen können. Aber es steht fest, daß die seit sechs Jahren über die Abrüstung und Atomkontrolle bestehenden Differenzen noch so festgehalten sind wie vor Beginn der Geheimverhandlungen. Nervo erklärte allerdings, der Meinungsaustausch sei sehr wertvoll gewesen; die Vertragspartner sollen wenigstens Einigung über weniger wichtige Fragen erzielt haben. Die Sowjetunion habe bei dieser Gelegenheit ihre Zustimmung zur Bildung einer Abrüstungskonferenz im Rahmen der UN gegeben, an der die zwölf Mitglieder des Sicherheitsrats und Kanada teilnehmen sollen.

Der französische Delegierte Moch hat sich bei den Geheimverhandlungen gegen ein bedingungsloses Verbot der Atomwaffen ausgesprochen, weil die Atomwaffen der USA unter den gegenwärtigen Umständen einen wichtigen Teil der Verteidigung Frankreichs gegen eine Aggression darstellen. Frankreich trete nur unter der Voraussetzung für das Verbot der Atomwaffen ein, daß gleichzeitig eine wirksame Kontrolle der Atomwaffen beginnt. Ferner müsse das Verbot von einer allgemeinen Abrüstung begleitet sein.

Der sowjetische Außenminister hat kategorisch jede Zusage abgelehnt, internationalen Kontrollorganen jederzeit den Zutritt zu allen Rüstungswerken der Sowjetunion zu gestatten. Er bestand vielmehr auf der Forderung, daß die UN-Vollversammlung zuerst das Verbot der Atomwaffen beschließt und danach ein internationales Kontrollsystem ausgearbeitet und in Kraft gesetzt wird.

Die Delegierten der USA, Großbritannien und Frankreichs forderten demgegenüber, daß zuerst eine Bestandsaufnahme aller Waffen durchgeführt und ein internationales Kontrollsystem eingerichtet wird. Dabei verlangten sie, daß „Inspektoren“ jederzeit das Recht haben sollten, nach eigenem Ermessen alle Orte der Welt zu Kontrollzwecken zu betreten.

Bundesfinanzminister Schäfer wird sich über das Wochenende zu einem „Privatbesuch“ nach Paris begeben.

Europa-Verteidigung vordringlich Einigung über Deutschland erwartet — Spaak warnt vor Schumacher

Washington (UP). Der amerikanische Verteidigungsminister Lovett erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages voranschreitlich auf der nächsten Tagung des Atlantikpakts gelöst wird, die am 2. Februar in Lissabon beginnt.

Lovett wies darauf hin, daß die Pläne zur Verteidigung Europas für 1952 unbedingt ausgeführt werden müßten. Es sei daher möglich, daß die Streitkräfte in den USA sich vorläufig mit weniger militärischer Ausrüstung begnügen müßten. Die Verteidigungsbehörde der Streitkräfte General Eisenhower müsse gesichert sein. Aus diesem Grunde müßten zuerst die Truppen in Europa die notwendige Ausrüstung erhalten. Der Minister gab zu, daß die Beförderung europäischer Staaten durch die USA eine gewisse Verzögerung erlitten habe. Allerdings hätten manche europäische Staaten „unrealistische“ Anforderungen gestellt. Einige Regierungen hätten die 1952er Modelle mancher Ausrüstungsgegenstände gefordert, obwohl die amerikanischen Truppen in Korea nur über Modelle des Jahres 1949 verfügten.

Der belgische Sozialistenführer und Präsident der Beratenden Versammlung des Europa-Rates, Paul Henri Spaak, stellte in der Brüsseler Zeitung „Le Peuple“ die Behauptung auf, ein Versagen des Planes einer europäischen Armee würde weniger als ein Versagen Plewens und der französischen Regierung betrachtet werden, sondern eher als ein Versagen General Eisenhowers und des all-

ierten Oberkommandos. Damit wäre den Anti-Amerikanern in Europa und den Isolationisten in den USA eine gute Gelegenheit gegeben, ihre Kritik noch mehr zu verstärken.

Der Sozialistenführer weist in diesem Zusammenhang auf eine kürzliche Rede General de Gaulles hin, wonach die Franzosen keinen Grund hätten, sich gegenüber den Amerikanern wegen ihrer Waffenlieferungen „verpflichtet“ zu fühlen. Fast zur gleichen Zeit habe der deutsche Sozialdemokrat Dr. Schumacher ähnliche nationalistische Äußerungen getan. „Dies sind gefährliche und unkluge Worte, doch beweisen sie, was diese großen Unruheherde glauben zu müssen, um den Gefühlen ihrer Zuhörer entgegenzukommen, ohne sich dabei Gedanken zu machen, welche Argumente sie damit den Kommunisten an die Hand geben.“ Sollte der Plan einer Europa-Armee nicht verwirklicht werden, dann bleibe den USA keine andere Alternative, als entweder eine deutsche Nationalarmee aufzustellen oder sich in die Isolation zurückzuziehen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird möglicherweise nicht selbst an der Außenministerkonferenz in Paris über die Europa-Armee teilnehmen, sondern Staatssekretär Hallstein als seinen Vertreter entsenden, wie von offizieller deutscher Seite mitgeteilt wurde. Hallstein hat den Kanzler schon einmal auf der Ministerkonferenz über die Europa-Armee vertreten. Dr. Adenauer wird am Samstag nach Bonn zurückkehren und am Montag nächster Woche nach Straßburg fahren.

Zusatzabkommen mit Schwierigkeiten Generalvertrag mit Revisionsklausel — Die Vorbehalte der Alliierten

Bonn (UP). Die optimistische Ankündigung des Bundeskanzlers, das deutsch-alliierte Vertragswerk zur Abklärung des Besatzungsstatus könne bis spätestens Januar 1952 fertiggestellt werden, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Verhandlungen über die Zusatzabkommen zum Generalvertrag, über den sich die Außenminister der Westmächte mit Dr. Adenauer in Paris geeinigt hatten, gehen nur schleppend vorwärts.

Wie in Bonn bekannt wird, gestalten sich besonders die Verhandlungen über das Schicksal des Besatzungsrechts schwierig. So werden sich die deutschen Verhandlungspartner zum Beispiel entschieden gegen die Übernahme der sogenannten „Kriegsverbrecher“ in deutschen Gewahrsam, bzw. gegen die Verpflichtung, die von den Alliierten ausgesprochenen Urteile zu vollstrecken. Damit, so meint man, würde die Bundesregierung die Urteile anerkennen. Man hofft jedoch, daß die Verhandlungen des Bundeskanzlers in London zu einer Revision des Standpunktes der Alliierten in dieser Frage führen.

Ein weiterer schwieriger Punkt ist die Frage einer zukünftigen deutschen Zivilverwaltung. Die Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität schließt nach deutscher Auffassung selbstverständlich auch die Wiederherstellung der deutschen Luftfahrt ein. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Bundesrepublik bei einer Beteiligung an der Europa-Armee eine taktische Luftwaffe zugestanden werden soll. Andererseits wehren sich die Alliierten gegen eine deutsche Luftfahrt, weil sie ihre eigenen Fluglinien in Deutschland aufrechterhalten wollen.

Auch auf dem Gebiet der Dekartellierung soll die Gesetzgebung der Hochkommission aufrechterhalten und von der Bundesregierung ausgeführt werden. Alliierte Stellen sollen jedoch für die Ausführung gewisser Bestimmungen verantwortlich bleiben. Das Gesetz der Alliierten über die Resultationen soll ebenfalls beibehalten werden. Die Alliierten nehmen ferner die Befugnis für sich in Anspruch, auch nach Abschluß der vertraglichen Vereinbarungen über noch nicht liquidierte deutsche Auslandsguthaben zu verfügen. Die Auslandsschulden sollen vertraglich anerkannt werden.

Unter den übrigen Zusatzabkommen wird vor allen Dingen die Fertigstellung des sogenannten Finanzvertrages noch Zeit in Anspruch nehmen, da der finanzielle Beitrag zum Unterhalt der alliierten Truppen in Deutschland erst geregelt werden kann, wenn die Kosten der Europa-Armee und der deutsche Anteil bekannt sind. Am weitesten fortgeschritten scheinen die Verhandlungen über den Truppenvertrag (Status der alliierten Sicherheitskräfte) und den Schiedsvertrag zu sein. Danach wird ein Schiedsgericht mit deutschen und alliierten Vertretern und einem neutralen Vorsitzenden über strittige Fragen der Auslegung der Verträge entscheiden.

Ein fünftes Zusatzabkommen soll Sicherheitskontrollen vorsehen. Die Verhandlungen über diesen Vertrag haben noch gar nicht begonnen. Wie erwartet, sollen darin zum Beispiel Herstellungsverbote für Atombomben und anderer Waffen behandelt werden.

Der Generalvertrag, der das zukünftige politische Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten regelt, enthält eine Revisionsklausel, die es jedem Vertragspartner ermöglicht, eine Revision des Vertrags-

werkes zu beantragen, wenn es die Entwicklung erfordert.

Besüglich der Notstandsklausel wird von deutscher Seite betont, daß die Alliierten nur eingreifen sollen, wenn die Bundesregierung und die Europa-Armee mit dem in der Bundesrepublik entstandenen Notstand nicht fertig werden. Der Atlantikpakt kann zur Entscheidung der Frage, ob ein Notstand gegeben ist, angerufen werden.

Die Vorbehalte der Alliierten im Generalvertrag beschränken sich auf den Status Berlins, die gesamtdeutsche Frage und die Sicherheit der alliierten Truppen. Dabei verpflichten sich die Alliierten, die Bundesregierung zu konsultieren, wenn sie mit anderen Mächten — zum Beispiel Sowjetrußland — über Deutschland verhandeln.

Umstrittener Schumanplan

Paris (UP). Der Verteidigungsausschuss der französischen Nationalversammlung lehnte den Schumanplan überraschend mit 21 gegen 15 Stimmen ab, während der Finanzausschuss ihn mit der großen Mehrheit von 23 gegen 9 Stimmen billigte. Der Außenausschuss hatte den Plan bereits früher mit 26 gegen 18 Stimmen genehmigt. Im Verteidigungsausschuss stimmten die Vertreter der Kommunisten, der Bauernpartei und der Gaullisten sowie einige Unabhängige gegen den Plan, weil er nur „ungenügende Garantien für den Schutz der französischen Industrie“ enthalte. Im Finanzausschuss haben sich die Gaullisten der Stimme enthalten.

Großfahndung nach dem Attentäter Bundesgrenzen geschlossen — 10 000 DM Belohnung ausgesetzt

Bremen (UP). Die Sonderkommission „S“ hat eine Großfahndung im Zusammenhang mit den Sprengstoffattentaten in Norddeutschland eingeleitet, die sich gegen einen der Tat dringend verdächtigen Mann richtet. Die Sonderkommission hat sämtliche Behörden des Bundesgebietes angewiesen, sich an der Fahndung zu beteiligen. Die Innenminister der Bundesländer wurden ersucht, die Bundesgrenzen sofort zu schließen.

Wegen dringenden Tatverdachts wird gesucht: ein etwa 27 bis 35 Jahre alter Mann, 1,72 bis 1,78 m groß, schlank, langes dunkles Haar mit leichtem Ansatz zu Kottellocken, blasses schmales, mädchenhaft hübsches Gesicht, gradlinige Nase, leicht wiegende Gangart, „Tango-Jüngling“, helle Stimme, dialektfreies Hochdeutsch. Er trug den Hut stirnfrei und war folgendermaßen bekleidet: dunkelbrauner Filzhut (moderne Flachrandform mit breiter Krempe), heller, kamelhhaarfarbiger Wintermantel (Ulsterform, zweifreihig mit Rundgürt und aufgesetzten Taschen und betont wattierte Schultern), braune Lederhandschuhe. Die Gesamterscheinung zeigte ein gepflegtes Äußeres sowie ein gewandtes höfliches Auftreten.

Die Sonderkommission fordert die Öffentlichkeit auf, alle Wahrnehmungen und Beobachtungen, die auf die beschriebene Person anweisen, umgehend der Polizei mitzuteilen. Auf Wunsch streng vertrauliche Mitteilungen nimmt jede Polizeidienststelle im Bundesgebiet entgegen. Für Hinweise, die zur Ergreifung des oder der Täter führen, ist eine Belohnung von 10 000 DM ausgesetzt worden.

Engpässe im Wohnungsbau Wildermuth ist trotzdem optimistisch

Seit der Währungsreform sind aus privater und öffentlicher Initiative rund eine Million Wohnungen neu erstellt oder wiederhergestellt und 2,5 Millionen Menschen dadurch aus unzulänglicher Behausung befreit worden. Dies stellt ohne Zweifel eine außergewöhnliche Leistung der Bauwirtschaft dar, deren Bedeutung weit über das Wirtschaftliche hinausreicht. Denn wer ein Dach über dem Kopf hat und seine Wohnungstür hinter sich zuschließen kann, hat das Größte geschafft und ist aus dem Stadium akuter sozialer Anfälligkeit heraus. Neben der öffentlichen Hand haben die Finanzkräfte des Kapitalmarktes, wie Sparkassen und Bausparkassen, Versicherungsgesellschaften, Hypothekenbanken usw., im vergangenen Jahr z. B. allein rund 1,5 Millionen DM für den Wohnungsbau aufgebracht, davon beachtlicherweise übrigens die industriellen Unternehmungen 463 Millionen für den sozialen Wohnungsbau ihrer Werksangehörigen. Diese Wohnungsbauzuschüsse machen im Durchschnitt etwa 5 Prozent der Lohnsummen aus.

Wie aber wird es in Zukunft weitergehen? Werden wir die durchschnittliche Leistung von über 300 000 Wohnungen in den vergangenen drei Jahren für die Zukunft halten können? Die Beantwortung dieser Fragen hängt von verschiedenen, schwer zu beurteilenden Voraussetzungen ab. Da ist zunächst einmal der Beitrag zur Aufrüstung des Westens, den die Bundesrepublik über Besatzungskosten direkt und indirekt bereits leistet und in erhöhtem Maße leisten soll. All die Baustoffe z. B., welche jetzt bereits in Kasernen, Wohnblöcken, Flugplätzen usw. der Besatzungsmacht hineingebaut werden müssen, fehlen uns natürlich für unseren Wohnungsbau ebenso wie fachlich tüchtige, gerade deshalb preiswerte, Bauarbeitskräfte. Dasselbe gilt für Bauhochleistungsmaschinen usw. Die Engpässe in den Grundstoffindustrien wie Kohle, Eisen, Stahl, wirken sich naturgemäß auf die Leistungen des Wohnungsbaues ebenfalls hemmend aus.

Der allgemeine Preisauftrieb wie die speziellen Auftriebstendenzen in der Bauwirtschaft haben bereits zu einer erheblichen Steigerung der Preise pro cbm umgebauten Raumes geführt. Vor dem letzten Kriege hat man bei solider Bauweise mit einem Preis von 30 bis 35 RM je cbm gerechnet. Heute wird man nahezu den doppelten Preis, mindestens jedoch 45 bis 60 DM bei einigermaßen gleicher Güte der Leistung, anlegen müssen. So kostet z. B. ein Einfamilien-Typenhaus mit vier Räumen und ca. 400 cbm umgebauten Raumes einschließlich Grunderwerb, Straßenbau- und Nebenkosten, Architektenhonorar bei einfacher Bauweise ca. 28 000 bis 30 000 DM. Es dürfte vor dem Kriege etwa 16 000 bis 18 000 RM gekostet haben.

Diese seit Korea sprunghafte Erhöhung der Baupreise hat die Finanzierungspläne von Hunderttausenden von Bauprojekten über den Haufen geworfen. Ein Teil konnte erst gar nicht begonnen werden. Was aber noch schlimmer war: Sehr viele Bauten blieben halbfertig liegen, und ebenso viele Bauherren wie Baufirmen gerieten unverschuldet in die übelste finanzielle Lage. Das Beispiel dieser Bedauernswerten verschnappte naturgemäß andere, die sich mit Bausparbüchern trugen, und so wurde gerade die private Spar- und Bauinitiative gefährlich gehemmt. Auf die besondere Lage der Sparer haben wir an dieser Stelle bereits eingehend hingewiesen.

Wohnungsbauminister Dr. Wildermuth, dem man als früherem Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank aus beinahe 30jähriger Praxis eine eingehende Sachkenntnis zurechnen kann, beurteilt trotz allem die künftigen Leistungen unseres Wohnungsbaues optimistisch. Gewiß: fünf Millionen Neuwohnungen fehlen uns noch und dies ist eine gewaltige Aufgabe. Aber den Jahresrhythmus des Zuwachses von 300 000 bis 350 000 Wohnungen hält Wildermuth auch im laufenden Jahre für gesichert und für das kommende Jahr für wahrscheinlich. Denn in das kommende Jahr wird allein ein Überhang von 250 000 angefangenen, aber noch nicht fertiggestellten, Wohnungen übernommen werden, ähnlich wie aus dem vergangenen in das laufende Jahr. Noch im Dezember 1951 sollen den Ländern vom Bund 300 Millionen DM zum Vorantreiben dieser steckengebliebenen Projekte überwiesen werden.

Zur künftigen tatkräftigen Förderung des Wohnungsbaues hat Wildermuth der Presse einen Strauß von Plänen und Maßnahmen vorgelegt: ein Baugesetz, Baulandbeschaffungsgesetz, Gesetz über Prämien für kleine Sparer, Gesetz über Wertpapiere der ersten Hypothekendurch Anteil an den geschaffenen Sachwerten, Förderung des Bausparwesens durch monatliche Zuwendungen von hundert Millionen DM an Bundesmitteln, Erhöhung

der Altmieten usw. Insbesondere aber will der Minister die erforderlichen Baurohstoffe wie Eisen, Stahl und Holz, durch Produktionsauflagen an die betreffenden Industrien sicherstellen und die Holzknappheit durch Importe überwinden. Dergestalt soll wiederum von den Rohstoffpreisen her dem Auftrieb der Baukosten entgegengewirkt werden. Hier berühren wir eine entscheidende volkswirtschaftliche Frage, die wir an anderer Stelle bereits kommentiert haben: die künftige Gestaltung des Preisgefüges in der Bundesrepublik. Es ist unsere Überzeugung, daß ohne eine Stabilisierung, ja in manchen Bereichen sogar Rückführung der Preise das wirtschaftliche und soziale Geschehen in Zukunft nicht gemeistert werden kann.

Dr. R.

Frankreich will die Saar behalten
Merkwürdige Demonstrationen in Straßburg
— Reform der Postgebühren angeregt

Straßburg (UP). Frankreich denkt nicht daran, seine gegenwärtige Saarpolitik und die Wirtschaftsunion mit dem Saargebiet aufzugeben, schrieb Frankreichs Saarkommissar Grandval in einer Sondernummer der englischen „Daily Mail“, die von der Saardelegation im Europa-Rat in Straßburg verteilt wurde. In zwei Flugblättern des saarländischen Informationsamtes, die ebenfalls im Europa-Rat ausgegeben wurden, wird auf die „großen politischen und wirtschaftlichen Vorteile“ hingewiesen, die sich angeblich für das Saargebiet aus der Wirtschaftsunion mit Frankreich ergeben. Hochkommissar Grandval behauptet, daß die Wirtschaftsunion die wirtschaftlichen Kräfte Europas im Gleichgewicht halte. Die Bundesrepublik allein sei wirtschaftlich stärker als Frankreich und das Saargebiet zusammen. Die guten wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet würden bei einem Anschluß an die Bundesrepublik schwer erschüttert.

Die Beratende Versammlung des Europa-Rates hat einstimmig einer Empfehlung an den Minister-Ausschuß zugestimmt, derzufolge für den inner-europäischen Postverkehr nur noch die im Inlandsverkehr des betreffenden Landes gültigen Gebührensätze gelten sollen. Im internationalen Telefonverkehr soll die Gebührensätze nur die Entfernung und nicht die Tatsache berücksichtigen, daß es sich um Auslandsgespräche handelt.

Weil sich der Bundeskanzler wegen seines Besuchs in London erst am 10. Dezember nach Straßburg begeben kann, wird Staatssekretär Hallstein bereits am Freitag zur Teilnahme an den Sitzungen des Europa-Rats nach Straßburg fahren.

Provisorisches Auswanderungsamt

Brüssel (UP). Nach neuntägiger Konferenz bildete die Internationale Auswanderungskonferenz in Brüssel einen provisorischen zwischenstaatlichen Ausschuß zur Koordinierung der europäischen Auswanderung nach Übersee. 18 Staaten haben grundsätzlich ihre Beteiligung an dem Ausschuß zugesagt. Das Komitee will die Transportflotte der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) übernehmen, die Anfang 1952 aufgelöst wird, um die Schiffahrtslinien beim Transport von etwa 115.000 europäischen Auswanderern im nächsten Jahr unterstützen zu können.

Der amerikanische Delegierte Blaisdell erklärte vor dem Beratenden UN-Ausschuß für Flüchtlingsfragen in Genf, der Ausschuß solle sich nicht so sehr um die Beschaffung von Lebensmitteln und Wohnungen, sondern um eine breitere Lösung des Flüchtlingsproblems, etwa durch Auswanderung, bemühen. Der UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen, Dr. van Heuven Goedhart, antwortete, mit Auswanderung könne das Flüchtlingsproblem nicht gelöst werden, da viele der Flüchtlinge alt und krank seien und nicht auswandern könnten.

Adenauer besuchte Oxford
Abendgesellschaft im Hause Eden

London (UP). Der Bundeskanzler unterbrach seine politischen Besprechungen in London am Mittwoch für einen Tag und stattete der berühmten Universitätsstadt Oxford einen mehrstündigen Besuch ab. Dr. Adenauer besichtigte fünf Stunden lang die ausgedehnten Gebäudekomplexe, diskutierte mit den Professoren Fragen der Erziehung und unterhielt sich mit Studenten über das Universitätsleben. Dr. Adenauer und seine Begleitung wurden im Hof des „All Souls“-College von Dekan Rowe begrüßt. Anschließend wurden ihm die Professoren vorgestellt. Von den Bewohnern Oxfords selbst umschümelten nur einige Zuschauer die Anfahrtsstraße. Zwei kommunistische Plakate waren vor der Ankunft des Bundeskanzlers entfernt worden.

Am Abend nahm der Bundeskanzler an einer privaten Gesellschaft teil, zu der Außenminister Eden in seine Wohnung in Carlton Gardens eingeladen hatte.

Das Programm für Donnerstag wurde abgeändert, um Dr. Adenauer die Gelegenheit zu geben, bei der Verteidigungserklärung Churchills im Unterhaus anwesend zu sein. Es wird vermutet, daß Churchill, der eine wichtige Erklärung über die Außenpolitik und die Verteidigung angekündigt hat, auch kurz auf seine Unterredung mit dem Bundeskanzler eingehen wird.

General Christiansen begnadigt

Den Haag (UP). Der ehemalige General der Flieger und Oberkommandierende der deutschen Besatzungstruppen in Holland zur Zeit des zweiten Weltkriegs, Friedrich Christiansen, wird noch vor Weihnachten aus der Haft entlassen werden, wie aus amtlicher holländischer Quelle verlautet. Christiansen war im Jahre 1946 von einem holländischen Sondergericht wegen Kriegsverbrechen zu einer Haftstrafe von 12 Jahren verurteilt worden.

Politische Treuepflicht der Beamten

Mitgliedschaft in antidemokratischen Organisationen verboten - Neues Arbeitsgerichtsgesetz

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat dem Bundesrat einen Gesetzentwurf über die „politische Treuepflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes“ zugeleitet. „Die im öffentlichen Dienst stehenden Personen müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Ordnung bekennen“, heißt es in diesem Entwurf. Eine Mitgliedschaft oder Betätigung in Organisationen, die im Widerspruch zu diesen Pflichten stehen, soll verboten werden, ebenso die Teilnahme an „Bestrebungen gleicher Art“. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, sollen nach dem Gesetz entlassen, Ruhestandsbeamten die Versorgungsbezüge aberkannt werden.

Im Rechtsausschuß des Bundestages wurden die Beratungen über das Ordnungswidrigkeitengesetz abgeschlossen, das jedoch erst am 1. April 1952 in Kraft treten soll, weil die Verwaltungsbehörden und Gerichte sich auf die neuen Bestimmungen einstellen müßten und bis dahin das Wirtschaftsstrafrecht neu gefaßt werden soll. Nach dem neuen Gesetz wird das sogenannte „Verwaltungsunrecht“ nicht mehr als kriminell betrachtet; es sei deshalb nicht mehr mit Strafen, sondern mit einer Buße zu ahnden. Das Gesetz über die Ordnungswidrigkeit ist aber nur ein Rahmengesetz. Zur Umschreibung der Tatbestände müssen noch Einzelgesetze erlassen werden. Man denkt dabei vorwiegend an kleinere Verkehrsdelikte, kleine Wirtschaftsvergehen und Verstöße gegen die Meldepflicht und die Paßbestimmungen.

Der Gesetzentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der jetzt vom Bundesministerium vorgelegt wurde, enthält als wesentliche Bestimmungen: Für arbeitsrechtliche Streitigkeiten sind Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte und als obere Revisionsinstanz das Bundesarbeitsgericht (Sitz Kassel), zuständig. Die Arbeitsgerichte sind auch für Ansprüche gegen selbständige Wohlfahrts-einrichtungen, insbesondere selbständige Pensionskassen zuständig, die der Arbeitgeber zum Teil aus steuerlichen Gründen errichtet hat. Privatversicherungsverträge zugunsten

von Arbeitnehmern fallen jedoch nicht darunter.

Für die Prozessvertretung besteht die gleiche Rechtslage wie bei den Amtsgerichten. Durch die Zulassung von Rechtsanwälten in erster Instanz sollen Härten für nichtorganisierte Arbeitgeber oder Arbeitnehmer beseitigt werden. Die Wertberechnung bei Klagen, die das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses zum Gegenstand haben, erfolgt nicht mehr durch Schätzung, sondern der Betrag des für die Dauer eines Vierteljahres zu vergütenden Arbeitsentgeltes ist maßgebend. Berufung gegen ArbeitsgerichtsUrteile ist bei einem im Urteil festgelegten Streitwert von 300 DM oder bei grundsätzlicher Bedeutung der Rechtsache zulässig.

Die bisherige Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für Rechtsstreitigkeiten aus Betriebsvereinbarungen bleibt bis zum Inkrafttreten des vorgesehenen Betriebsverfassungsgesetzes bestehen. Weiterhin bleibt für Württemberg-Hohenzollern, Baden und Rheinland-Pfalz das Beschlußverfahren für betriebsverfassungrechtliche Streitigkeiten bis zur Abklärung durch ein bundesrechtlich geregeltes Beschlußverfahren bestehen.

Berg über Mitbestimmung

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, wies eine Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts von der eisenschaffenden Industrie auf die anderen Wirtschaftszweige zurück. Berg sprach auf dem ersten internationalen Industriellen-Kongreß in New York. Dabei sagte er, bei allem Verständnis für die Gewerkschaftsansprüche auf sozialem und personellem Gebiet müßten die Unternehmer jeden Eingriff in die Entscheidungsbefugnis ablehnen. Es sei selbstverständlich, daß die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer in Lohn- und Urlaubfragen wahrnehmen müßten. Auch ihr Verdienst um den Wiederaufbau in der Bundesrepublik werde bedingungslos anerkannt. Um so bedauerlicher sei es aber, daß der Kurs der Gewerkschaften in den letzten 18 Monaten zur Beunruhigung Anlaß gäbe.

Die Vertreibungs- und Kriegsschäden

Der Inhalt des Feststellungsgesetzes - Krankenversicherungspflicht bis zu 500 DM

Bonn (UP). Der Bundestag verabschiedete den Gesetzentwurf über die Feststellung von Vertreibungsschäden, Kriegsschäden und Ostschäden in zweiter Lesung. Die Feststellung der Schäden der Sowjetzonenflüchtlinge soll in einem besonderen Gesetz geregelt werden.

In dem Gesetzentwurf wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Feststellung keinen Anspruch auf Berücksichtigung im Lastenausgleich begründet. Ob und inwieweit festgestellte Schäden im Lastenausgleich berücksichtigt werden, bestimmt das Lastenausgleichsgesetz selbst. Vertreibungsschäden im Sinne des Gesetzes sind Schäden an Wirtschaftsgütern, die Deutschen bei der Vertreibung aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie oder den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 entstanden sind. Kriegsschäden müssen in der Zeit vom 26. August 1939 bis zum 31. Juli 1945 unmittelbar durch Kriegshandlungen entstanden sein. Als Kriegsschaden gilt auch die Beschädigung, Zerstörung oder Wegnahme auf Grund behördlicher Maßnahmen, die im Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen Verluste an baren Geld, Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen, Schmuckgegenständen und sonstigen Luxusgegenständen, Kunstgegenständen und Sammlungen. Unter die „Ostschäden“ fallen Schäden, die ein Nichtvertriebener in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie erlitten hat.

Die Schadensfeststellung für verlorenen Hausrat soll nach Pauschalen erfolgen, die nach dem Durchschnittseinkommen von 1937, 1938, 1939 der Geschädigten abgestuft sind. Den Feststellungen des gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Hausbesitzes hegen Einzelwerte zugrunde.

Antrag auf Feststellung von Schäden kann nur von dem Geschädigten selbst gestellt werden oder, wenn er verstorben ist, von den Erben, wenn sie nahe Verwandte sind. Entsprechende Fragebogen werden den Antragstellern zur Verfügung gestellt werden. Die Errichtung von sogenannten Helmutauskunftsstellen, die bei der Ermittlung der Schäden behilflich sein sollten, wurde auf Antrag der SPD abgelehnt.

Der erste Paragraph eines Verfassungsänderungsgesetzes, das die Durchführung des Lastenausgleichs in teilweiser Auftragsverwaltung durch die Länder ermöglichen soll, fand nicht die für Änderungen des Grundgesetzes notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Die endgültige Behandlung des Gesetzes wurde bis zur Rückkehr der Straßburger Delegation des Bundestages ausgesetzt.

Der Bundestag beauftragte die Bundesregierung, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhöhung der Versicherungs-Pflichtgrenze in der Krankenversicherung von bisher 75 DM auf 500 DM vorsieht. Die DP befürwortete eine Erhöhung der Versicherungs-Pflichtgrenze auf 450 DM, die SPD wollte 600 DM als oberste Grenze.

Ein Gesetzentwurf über die Verlängerung und Erhöhung des „Notopfers Berlin“ wurde in erster Lesung an den zuständigen Ausschuß überwiesen. Der Bundestag lehnte gegen vier Stimmen einen Gesetzentwurf des Bundesrates ab, der eine Erweiterung der Rückersatzpflicht des Bundes an die Länder für Kosten vorschlägt, die aus der Anerkennung der Renten für Kriegsofer entstehen. Der Bundestag ersuchte ferner die Bundesregierung, den Wiederaufbau der Werften an der Unterweser und am Jadebusen zu fördern und gegebenenfalls Mittel im Bundeshaushalt bereitzustellen.

Neue Unruhen am Suezkanal

Ägypter sind erbittert - Neue scharfe britische Note

Kairo (UP). Der britische Brigadegeneral William Greensre, Oberbefehlshaber im südlichen Sektor der Suezkanal-Zone, übergab dem ägyptischen Gouverneur von Suez eine in scharfen Wendungen gehaltene Note, von der zuverlässige Kreise behaupten, daß sie ein Eingreifen britischer Truppen ankündigt, falls es den Ägyptern nicht gelänge, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Kurz vor Übereichung der Note hatte eine Bombe die Wasserfiltrierstation der britischen Streitkräfte schwer beschädigt. Durch die Explosion hat der Druck in den Wasserleitungen in der gesamten Kanalzone erheblich nachgelassen.

Wie das ägyptische Innenministerium bekanntgab, sind bei den Zusammenstößen am Montag und Dienstag insgesamt 43 Ägypter getötet und 87 verletzt worden. Die Briten hatten elf Tote. Die Schießerei vom Dienstag ist nach der ägyptischen Darstellung von einer britischen Kolonne eröffnet worden. Angeblich hätten die Engländer in eine ägyptische Trauerprozession geschossen. Sofort herbeigeholte ägyptische Polizei habe das Feuer erwidert. Die letzten Zwischenfälle haben unter der einheimischen Bevölkerung starke Erbitterung hervorgerufen. In Kairo wurden die Fenstercheiben mehrerer Polizeistationen von Demonstranten zertrümmert. Im Stadtviertel von Sajeda Seinaß ging die Polizei mit Gummiknütteln gegen einen De-

monstrationszug von etwa 3000 Arbeitern und Studenten vor. Etwa 26 Personen wurden verletzt. Auch aus Alexandria werden Protestkundgebungen gemeldet. Wie aus Suez verlautet, ist die dortige ägyptische Polizei angewiesen worden, auf jedes britische Fahrzeug, das in die Stadt einzudringen versucht, sofort das Feuer zu eröffnen.

Der ägyptische Innenminister Foad el Din teilte mit, daß seit der Kündigung des britischen Vertrages am 16. Oktober 117 Ägypter getötet und 438 verletzt wurden.

Der ägyptische Außenminister Salah el Din Bey warnte in Paris in einem Exklusiv-Interview mit United Press wiederum vor einer Beteiligung nördlicher Länder an der geplanten Verteidigungsorganisation für den Nahen Osten. Eine Teilnahme an einer solchen Organisation würde diese Länder einem „Vernichtungskrieg“ ausliefern, an dem sie keinerlei Interesse haben. Sowjetrußland habe wiederholt erklärt, daß es keine aggressiven Absichten gegen den Nahen Osten hege. Im übrigen bestünden zwischen dem Krenl und den Nahoststaaten keinerlei Reibungspunkte, die einen Angriff rechtfertigen könnten.

Persien will Öl freihändig verkaufen
 Teheran (UP). Der stellvertretende iranische Ministerpräsident Fatemi erklärte, die iranische Regierung werde im Parlament ein

neues Gesetz einbringen, wonach die Regierung ermächtigt werden soll, das Öl freihändig an jeden Abnehmer zu verkaufen. Iran habe bereits über 200 Anfragen wegen des Ölverkaufs erhalten, doch wünschten die meisten Abnehmer langfristige Verträge auf Grund monopolartiger Stellung. Die früheren Abnehmer hätten auf Grund des Verstaatlichungsgesetzes zur Zeit noch das Vorkaufrecht.

Inzwischen sind die Parlamentswahlen, die am Dienstag stattfinden sollten, verschoben worden, da die Vorbereitungen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten. Die Wahlen sollen jedoch nach einer Woche stattfinden.

Zwei Mitglieder des staatlichen iranischen Ölrauschusses — die Senatoren Abolghassem Najm und Mohammed Ali Sourouri — sind aus dem Organ ausgetreten. Beide Senatoren, so wurde erklärt, seien gegen den Verkauf iranischen Öls an Staaten des Ostblocks.

Kommunisten präzisieren Vorschläge
 Schweiz, Schweden, Dänemark, Polen und CSB sollen Waffenstillstand überwachen

Seoul (UP). Auf der Sitzung des gemeinsamen Unterausschusses, der sich mit der Frage der Überwachung eines Waffenstillstands beschäftigt, schlugen die Kommunisten vor, daß sich die Überwachungskommission aus zwei Vertretern kommunistischer und drei Vertretern nichtkommunistischer „neutraler“ Staaten zusammensetzen. Sie regten an, je einen Vertreter Schwedens, der Schweiz, Dänemarks, Polens und der Tschechoslowakei für die geplante Kommission zu bestellen. Die Überwachungstätigkeit dieser Gruppe soll sich auf die „Zugänge nach Korea“ auf beiden Seiten beschränken. Ihre Hauptaufgabe wäre, zu überwachen, daß keine frischen Truppen, neue Waffen oder Ausrüstungsgegenstände nach Korea transportiert werden. Man nimmt an, daß die UN-Delegation Polen und die Tschechoslowakei nicht als neutrale Staaten anerkennt.

Die Kommunisten sollen bei mehreren Luftkämpfen über Nordkorea zehn Düsenjäger verloren haben. Nach Berichten der US-Flotte landeten zum zweiten Male britische und amerikanische Einheiten der Marineinfanterie an der nordkoreanischen Ostküste, weit nördlich des 38. Breitengrades. Es kam zu erbitterten Gefechen in der mondlosen Nacht.

Vulkanausbruch auf den Philippinen
 Bis jetzt 144 verkohlte Leichen geborgen

Manila (UP). Der berühmte Vulkan Hibok auf der Philippinen-Insel Camiguin ist zweimal mit ungeheurer Gewalt ausgebrochen. Die Eruptionen glichen einer Atom-Explosion. Das Rote Kreuz hat bisher 144 verkohlte Leichen aus der Umgebung des feuerpelenden Berge geborgen. Die Rettungsmannschaften müssen sich gegen erstickenden Rauch und glühende Hitze zu dem Erschlagen und Verletzen vornehmen. Die amtlichen Stellen fürchten, daß die Verluste noch steigen werden. Der Gouverneur teilte mit, daß eine Ortschaft zu 80 Prozent zerstört und die gesamte Bevölkerung eines anderen Ortes getötet worden sei. Der zweite, schwächere Ausbruch kam ziemlich überraschend, da die Sachverständigen mitgeteilt hatten, daß nach der ersten außerordentlich starken Explosion kaum mit weiteren Eruptionen zu rechnen sei.

Die Todesinsel erlebt ihren dritten Vulkanausbruch innerhalb von drei Jahren. 1930 kamen 80 Personen bei dem Ausbruch des gleichen Vulkans um. Ein Jahr zuvor mußte die Hälfte der Bevölkerung vor dem Aschenregor und den Lavaströmen evakuiert werden.

Tausende unter Trümmern begraben

Manila (UP). Auf der Vulkaninsel Camiguin haben Rettungsmannschaften weitere 500 Opfer der Vulkankatastrophe unter Gesteinstrümmern, Lava und heißer Asche ausgegraben. Das Rote Kreuz bezifferte die Zahl der Toten von den zwei gewaltigen Ausbrüchen bis jetzt auf 169. Die Hauptstadt der kleinen Insel Mambajao, am Fuße des feuerpelenden Hibok-Vulkans gelegen, wurde mit acht anderen Ortschaften völlig zerstört. Die örtlichen Behörden schätzen die Verluste noch weit höher. Die 400 Einwohner einer betroffenen Ortschaften sollen ausnahmslos unter dem Trümmern ihrer Häuser begraben sein. In drei weiteren Ortschaften sollen 80 Prozent der zusammen 1400 Menschen starken Bevölkerung umgekommen sein. Da stündlich neue Verlustmeldungen eintreffen, können die Behörden noch keine abschließenden Angaben machen. Der berühmte Hibok-Hibok spie erneut Rauch und Feuer. Man rechnet mit einem dritten Vulkanausbruch.

US-Vizepräsident Barkley, der vor kurzem überraschend zu einem Besuch in Korea eingetroffen war und dann nach den Philippinen weiterreiste, befindet sich auf dem Rückflug nach den USA.

Der letzte Volljurist des Landes Brandenburg, der eine leitende Richterstellung bekleidete, ist entlassen worden. In Brandenburg gibt es jetzt nur noch sogenannte Volksstaatsanwälte.

Eine zweltägige Konferenz des Exekutiv-ausschusses der Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften beginnt am Donnerstag in Genf. Auch die Sowjetunion und Rot-China nehmen an den Besprechungen teil.

Die Einführung des Verkehrsunterrichts als Pflichtfach mit Zensuren hat der Bundesverkehrsminister den Kultministern der Länder vorgeschlagen.

In der Luft explodiert ist ein britischer Düsenjäger in der Nähe von Bremen. Der Pilot wurde getötet. Drei Personen kamen beim Absturz einer Maschine der US-Luftstreitkräfte in Indiania ums Leben.

In einem 75 cm tiefen Loch fand man bei Amsterdam eine männliche Leiche, die keine äußere Wunden aufwies. Man nimmt an, daß der Verunglückte, ein Deutscher, aus einem Flugzeug gefallen ist.

Aus der Stadt Etlingen

Des Jahres letzter Monat

Nun sind wir bereits im zwölften und letzten Monat des Jahres angelangt, dem Dezember, auch Julmond, Christmond oder Hartmond genannt. Er bringt uns am 21. die Wintersonnenwende, den kürzesten Tag des Jahres. Die Sonne tritt aus dem Bilde des Schützen in das des Steinbocks und wendet sich wieder dem Norden zu. Ganz langsam steigt die Sonne nach dieser Wende wieder höher, und ist der Dezember auch lichtlos und düster, so löst er dadurch wieder neue Hoffnungen auf.

Große Geschäftigkeit bringt der Dezember mit sich, nämlich die Vorbereitungen auf das Weihnachtsfest. Ist der hohe Tag aber gekommen, dann kehrt Ruhe und Frieden bei uns ein. Das Fest schenkt uns innere Sammlung und besinnliche Stunden, die uns im täglichen Leben so oft fehlen.

Bringt der Dezember Schnee, dann bringt er zugleich all denen höchste Glückseligkeit, die auf „zwei Brettern“ und an „geführten Schnee“ schwören. Der Jäger findet im Neuschnee die Spuren der Tiere, die Tritte der Krähe, die Fährte des scheuen Reh und den Hasensprung.

Mit dem Eintritt des Winters müssen wir auch wieder an unsere Vögel denken, die uns im Sommer so viele Schädlinge weggefressen haben. Sie sind uns ja so dankbar für einige Körner oder einen Fettring, wenn sie draußen in der Natur nichts mehr für ihren Hunger finden. Auch der Bauernspruch hat sich des Dezembers bemächtigt: „Liegen Adam und Eva (24. Dezember) im Kies, feiern sie Ostern im Schnee“, oder „Fließt Nikolaus noch der Birkenast, kriegt der Winter keine Kraft“. Dagegen heißt es „Dezember-Frost und -Schnee, gibt Korn auf jeder Höhe“. — Nicht sehr poetisch meinte Hans Sachs über den Christmond: „Die Bauern füllen mit Würsten Weib und Kinder, stechen darnieder Süß und Binde, die sie einsalzen und aufhängen, damit die Ernt' sie erlangt“.

Zu einer öffentlichen Gemeinderatsitzung am Mittwoch, den 12. Dezember, 19 Uhr, im großen Rathaussaal, lädt die Stadtverwaltung ein. Auf der Tagesordnung steht:

- 1. Kulturplan 1952.
2. Bezug der Eigentümers von Grundstücken an der verlängerten Wilhelmstraße zu den Kosten der Straßenanlage.
3. Radfahrweg Pforzheimer Straße.
4. Gestaltung des Thiebauthplatzes.
5. Mitteilungen.

Anschließend an die Tagesordnung ist eine allgemeine Diskussion mit der Bevölkerung über die Parkplatzverhältnisse in der Pforzheimer Allee.

Zum dritten Mal

Ist in der Albtstraße ein Graben ausgehoben worden. Diesmal wird das neue Gasrohr gelegt, das eine bessere Gasversorgung gewährleistet. Für die Anlieger, vor allem die Geschäfte, bedeutet diese nicht vorausgesehene lange Bauzeit der Kanalarbeiten eine empfindliche Störung. Die Gründe für das dreimalige Ausschachten haben wir hier bereits dargelegt. Da noch viele Straßen in Etlingen zu kanalisieren sind, wäre es aber doch zweckmäßig, ein etwas rascheres Verfahren anzuwenden, damit solche Geschäftstörungen vermieden werden. Vor allem sollte man so wichtige Durchfahrten wie die Rathausbrücke nicht so lange sperren, sondern an diesen Stellen vorausarbeiten, damit der Verkehr nicht allzu lange behindert wird.

Pfiffe beim Lauerturn

An der gefährlichen Straßenkreuzung bei der Schillerschule sah man am Mittwochnachmittag etwas Ungewöhnliches: der Verkehr wurde von französischer Militärpolizei geregelt. Nach dem Fußballspiel zwischen einer französischen Soldatenmannschaft und Phönix in Karlsruhe fuhr eine französische Wagen durch unsere Stadt nach Süden. Der französische Posten gab die Zeichen nicht nur für seine Kameraden, sondern für alle Verkehrsteilnehmer. Mit lebhaften Handbewegungen winkte er heran oder stoppte, wobei er nach vier Seiten ständig Ausschau halten mußte. Eine gute Hilfe war ihm die Trillerpfeife, mit der er das Weiterfahren oder Halten andeutete. Diese Pfiffe beim Lauerturn ließen auch viele Fußgänger aufhorchen, die sich fragten, ob an dieser Stelle nicht doch ein ständiger Verkehrsposten zweckmäßig sei. Auf unsere Fragen erklärten uns die französischen Militärpolizisten, daß diese Kreuzung ganz besonders schwierig ist. Man kann daher nicht erwarten, daß sich dort ein Polizeibeamter schutzlos aufstellen wird, selbst wenn man ihn mit Trillerpfeife ausstattet. Deshalb bleibt nichts übrig als den Platz umzubauen und dadurch die verschiedenen Verkehrsrichtungen aufeinander abzustimmen. Ein Stoppstopp in der Pforzheimer Straße wäre ebenfalls nützlich.

Baut Spielplätze:

Wiederum werden einige Gebiete unserer Stadt für den Wohnungsbau erschlossen, z. B. das Gelände zwischen Schloßgartenstraße und Horbachgraben. Wie wäre es, wenn man dort im Inneren der Häuserquadrate auch Plätze für die Kinder mit Spielgeräten und Sand

Jedes Jahr werden 800000 Christbäume geschlagen

Im gesamten Schwarzwald herrscht zur Zeit Hochbetrieb. Wieder einmal steht Weihnachten vor der Tür, und die Forstämter und Privatwaldbesitzer haben alle Hände voll zu tun, um die umfangreichen Bestellungen von Christbäumen zu bearbeiten, die um diese Zeit stoßweise aus allen Teilen der Bundesrepublik und selbst aus dem Ausland eintreffen. Der Schwarzwald mit seinem fast unerschöpflichen Reichtum an Fichten und Tannen war von jeher einer der Hauptlieferanten von Christbäumen. Seitdem ein großer Teil des Harzes und des Thüringer Waldes als Lieferungsquelle entfällt, hat sich jedoch die Bedeutung des Schwarzwaldes als Christbaumlieferant gesteigert. Auch Gebiete in West- und Norddeutschland, die früher ihre Christbäume von näher gelegenen Wäldern bezogen, wenden sich jetzt an die Forstämter des Schwarzwaldes. So müssen seit Kriegsende alljährlich etwa 800000 Bäumchen geschlagen werden, um den ungeheuren und jährlich noch anwachsenden Bedarf decken zu können. Dieser „Aderlaß“ ist aber für den Schwarzwald durchaus keine tragische Angelegenheit. Das Schlagen der Christbäume geschieht vielmehr im Rahmen der notwendigen und nützlichen Pflege- und Lüftungshiebe des Waldes und stellt für den staatlichen, kommunalen und privaten Waldbesitzer eine willkommene Aktion mit einem recht einträglichen Nebenverdienst dar.

Allein in Südbaden werden jährlich ungefähr 350000 Christbäume aller Größen und Sorten geschlagen. Ein großer Teil davon geht in die norddeutschen Gebiete bis nach Schleswig-Holstein, Daneben ist der Schwarzwald auch am Exportgeschäft stark beteiligt. Im vergangenen Jahr hat die Schweiz 160000 Bäume gegen willkommene Devisen angenommen. In diesem Jahr wird mit derselben Exportmenge gerechnet. Kleinere Mengen ge-

hen auch nach Italien oder werden als Individualsendungen für deutsche Siedlungen und Missionen nach Übersee verschickt.

„Christbaumplantagen“ im Bauernwald. Neben den staatlichen und kommunalen Wäldern gibt es noch zahlreiche Bauern- und sonstige Privatwälder, die regelrechte „Christbaumplantagen“ angepflanzt haben. Diese Plantagen, die sich als sehr rentable Einnahme-Quelle erwiesen haben, sind eigens für den Einschlag von Christbäumen angelegt worden. In Südbaden nimmt der Bauernwald rund ein Drittel der Gesamtwaldfläche des Landes ein.

Die beliebtesten Christbäume sind die Fichten und die Weißtannen, die wegen ihrer schöneren, dekorativeren Wirkung sehr gefragt, allerdings aber auch etwas teurer sind. Einschlagsgebiet für diese Bäume sind der ganze Schwarzwald und die Wälder der Saar und des Bodenseegebiets. Sehr viele Bäume kommen auch aus den Gegenden von Triberg, Wolfach im Kinzigtal, Neustadt und dem Wiesental.

Die Christbäume werden teurer. Bedauerlich ist, daß selbst der Tannenbaum als Symbol der Weihnachtszeit in die allgemeine Teuerung mit einbezogen worden ist. Auf Grund der im Oktober erfolgten Freigabe der Holzpreise ist leider zu befürchten, daß die Christbäume in diesem Jahr erheblich teurer sein werden als in der Vergangenheit. Die Bäume von ein bis zwei Metern Größe werden zwischen 1,20 und 2,40 DM kosten. Dieser Preis wird zumindest von der Landesforstverwaltung als angemessen bezeichnet. Bei größeren Bäumen erhöhen sich die Preise allerdings erheblich. Imerhin wurde aber erreicht, daß auch in diesem Jahr jede Familie zu einigermaßen erschwinglichen Preisen einen Christbaum erwerben kann.

schaffen würde? Was in den Wohnblocks der Großstädte möglich ist, sollte doch auch beim Etlinger Bebauungsplan berücksichtigt werden. Damit die Kinder nicht den Verkehrsgefahren der Straße ausgesetzt sind, sollten überall Spielplätze entstehen.

Kirchliche Rundfunksendungen im Dezember

Der Süddeutsche Rundfunk sendet evang. Sonntagsfeiern am 1. Advent, 2. Dezember, aus Heidelberg und am 3. Advent, 14. Dezember, aus Karlsruhe. Am 4. Advent, 23. Dezember, findet eine Morgenfeier der Evang. Gemeinschaft statt. Am Heiligen Abend 17.00 Uhr wird ein evang. Christvesper aus Karlsruhe übertragen. In der Morgenfeier am 26. Dezember, 11 Uhr, spricht Prälat Dr. Eichele-Ulm. Am 31. Dezember, 18 Uhr übernimmt der Süddeutsche Rundfunk den Jahresabschlussgottesdienst in der Markuskirche-Stuttgart, in dem Professor D. Thielicke-Tübingen die Predigt hält. Die evang. Morgensendungen werden am 3. bis 6. und 17. bis 20. Dezember von Heidelberg gesendet. Am 23. Dezember ist eine Morgenandacht der Brüdergemeinde und um 30. der Baptisten.

Verstärkte Kredithilfe trotz Restriktion?

Die Sparkassen sind der Forderung des Zentralbankrates, das kurzfristige Kreditvolumen zur Unterstützung der Währungspolitik der Notenbank auf den Stand vom 31. Januar 1951 zurückzuführen, in vollem Umfang gefolgt. Handwerk und Handel sehen sich aber in verstärktem Maße Liquiditätsnöten gegenüber, die sie vor der Restriktion in diesem Ausmaß nicht gekannt haben. Das hat eine verstärkte Kreditnachfrage bei den Sparkassen zur Folge. Die Sparkassen müssen daher einen Ausgleich zwischen dem erhöhten Kreditbedarf der kleinen und mittleren Betriebe und dem Zwang zur Kreditbeschränkung suchen.

In diesem Zusammenhang wird von den Sparkassen darauf hingewiesen, daß sich die kurzfristigen Einlagen bei den Sparkassen seit Ende Januar d. J. um 393 Mill. DM erhöht haben, so daß einem erhöhten Einlagenbestand auch ein erhöhtes Kreditvolumen gegenüberstehen könne. Eine Anpassung der Kreditrestriktion an die sozialpolitisch wichtigen Kreditbedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft kann nach Meinung der Sparkassenorganisation dadurch herbeigeführt werden, daß den Sparkassen in gewissem Umfang die Ausnutzung des innerhalb der Richtsätze freien Kreditplatzes gestattet wird.

Der Wintersportverkehr der Altbahn

Soll nach den Ausführungen von Bahnverwalter Heil bei der Besprechung des Kurverwalter Herrnalb so ausgebaut werden, daß er allen Anforderungen der Wintersportler aus Karlsruhe und den vorderen Albtalorten gerecht werden kann. Werktags fahren Wintersportzüge bei guten Schneeverhältnissen um 7 und 10 Uhr bis Herrnalb, wo sie Omnibusanschluß nach Döbel oder Galstal haben. Rückfahrt kann werktags mit vier Zügen am Abend erfolgen. An Sonntagen fährt zwischen 8 und 10 Uhr stündlich ein Sportzug mit Anschluß zum Döbel oder Galstal, dabei sind die Züge um 7 und 9 Uhr beschleunigt. Für die Rückfahrt am Sonntag stehen sogar sechs Züge zwischen 15.40 und 21.12 Uhr zur Verfügung. Der Einsatz der Sonderzüge wird wie üblich durch die gelbe „Schneeflagge“ angekündigt. Um die Schneeverhältnisse rechtzei-

tig bekanntzugeben, werden diese jeden Vormittag durch die Altbahn an die „Etlinger Zeitung“ gegeben, die sie am Nachmittag bereits veröffentlicht.

Um die Wintersportler zufriedenzustellen, werden die Sportgebiete verbessert. Gräben beseitigt und die Skiwanderwege gekennzeichnet. Außerdem soll für „Nicht-Skihasen“ die alte Rodelbahn an der Reichleiwiese ausgebaut werden. Kurdirektor Münch könnte zum Abschluß der Besprechung betonen, daß sich die Stadt Herrnalb ehrlich und mit allen Mitteln bemühen will, zu einem Sportzentrum für das Albtal und die nahe Großstadt zu werden. Altbahn, Bundespost und private Unternehmer sowie die einheimischen Vereine unterstützen diese Bemühungen, und es wäre der rührigen Stadt zu gönnen, daß sie sich mit der Zeit eine Wintersaison schafft, die wenigstens dazu dienen könnte, den Bewohnern von Karlsruhe und aus unserem Gebiet billige Sportmöglichkeiten ohne große Anfahrt zu bieten. Die gepflegten Gaststätten der Kurstadt sorgen auf dem Rückweg für den angenehmen Abschluß eines solchen Tages.

„Das unsterbliche Lied“

Man möchte diesen Film mit der Schrift vergleichen, die in einen Stein gemeißelt ist: Er ist weder oberflächlich gespielt noch geschrieben und bleibt fest im Gedächtnis haften. Das hat nicht zuletzt seine Ursache in der Verwendung des Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht“, über dessen Entstehung der Film berichtet. Eine Weihnachtsgeschichte mit viel tiefem Sinn bietet das Stück. Man erkennt aber auch sehr gut die Intoleranz der Menschen, die damals wie heute wie eine stachelige Distel auch auf dem kargen Boden Wurzel schlägt. In diesem Film ist es ein junger Mann, der von seinem Schwiegervater nicht in dessen Haus geduldet wird, nur weil sein Vater Franzose war und unter Napoleons Fahnen kämpfte und fiel. Selbst die größte Not seiner Tochter kann ihn nicht erweichen, die zusammen mit Mann und Kind beinahe das Opfer einer Lawinenkatastrophe wurde und dabei Hab und Gut verlor. Und das alles nur deshalb, weil der Vater ihres Mannes Franzose war. Alle Bitterkeit und alle Unduldsamkeit verschwinden aber, als die Menschen miteinander in der Kirche stehen und die „Stille Nacht“ hören, und sie empfinden, daß sie alle unter einem Himmel leben. Die Union-Lichtspiele zeigen den Film nur noch heute.

„Barry“

Seit Jahrhunderten gehört der St. Bernhard-Paß zu den wichtigsten Alpenübergängen. Schon Hannibal überquerte mit seinem Heer die natürliche Festung der Alpen an dieser Stelle. Napoleon zog über diesen Paß im Winter 1800 nach Italien, vor seinen entscheidenden Siegen in der Po-Ebene. In jener Zeit beginnt der Bericht über die Menschen und die Hunde von St. Bernhard.

Drei Menschen und ein Hund sind die Hauptdarsteller; aber eigentlich spielt in diesem Film alles mit der Schneesturm und die Alpenlandschaft, die napoleonischen Heere und die winterliche Schneewüste. Dieses Stück weiß filmische Qualitäten auf, die man in Schlagen oder Reißern immer vermissen muß: der wahre Herzensstern, das wirkliche Leben einer Handvoll treuer Menschen. Ohne

Badener!

Keine Wahlflauheit! Laßt die Richter richten, die „großen“ Politiker Propagandarede halten und Versprechungen machen. Die Entscheidung liegt bei Deiner Stimme. Stimme für die Heimat Deiner Väter, für die glückliche Zukunft Deiner Kinder! Treu Baden!

große Worte, ohne läsende Ansprachen, aber mit einer tiefen Religiosität echten Tathristentums läßt dieser Film noch an das Gute glauben. Die Capitol-Lichtspiele zeigen diesen Film nur noch heute.

Berliner-Nachrichten

TuS Etlingen — Abt. Handball. Die Spielerversammlung am Freitag findet in dieser Woche ausnahmsweise im Gasthaus zur „Post“ statt. Beginn 20 Uhr.

Der Schwerhörigenbund

veranstaltet am 9. Dez., nachm. 15 Uhr in der „Bavaria“, Karlsruhe, ein kleines Adventskonzert mit gemühtlichem Beisammensein. Mitwirkende: Antoinette Emmerich, Sopran; Erna Mozarski-Seislo, Klavier; Rich. Apstein, Violine; Willy Henninger, Bratsche; Adolf Grunisen, Cello; Eugen Trabliger, Rezitation. Die Mitglieder werden um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Familien-Nachmittag der DG—BHE

Im vollen Saal des „Darmstädter Hofes“ fand am Sonntag der Familientag der Deutschen Gemeinschaft, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, statt, an dem auch Freunde der DG—BHE teilnahmen. Da kein Eintrittsgeld erhoben wurde, war es auch den Minderbemittelten ermöglicht, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, die unter der umsichtigen Leitung des 1. Vorsitzenden stattfand. In flotter Folge wickelten sich die Darbietungen ab. Eröffnet wurde der Nachmittag nach flotter Einleitungsmusik mit einem Gedicht „An die Heimat“, das von Schüler Berger vorgetragen wurde. Lehrer Rösler zeigte mit Gesangsvorträgen hervorragendes Können, unterstützt von seiner Gattin, der Lehrerin Rösler, die ihn auf dem Klavier begleitete. Herr Schindler (Etlingenweiler) rief mit seinen humoristischen Einlagen wahre Lachsaiven hervor, während der heimatvertriebene Zauberkünstler Pussini während seiner Darbietungen jung und alt in Staunen und Spannung versetzte. Weitere Einlagen folgten und viel zu schnell verrann dieser Nachmittag an den jeder gern zurückdenken wird.

Ortsgruppe Etlingen

Ein Jahr Bundesverfassungsgesetz

Es hat sich der Tag geöhrt, an dem der Deutsche Bundestag in einmütiger Übereinstimmung aller in ihm vertretenen demokratischen Kräfte des deutschen Volkes das Bundesverfassungsgesetz verabschiedete. Wenn auch die für soziale Maßnahmen wenig glückliche wirtschaftliche Entwicklung des zu Ende gehenden Jahres nicht alle Hoffnungen und Wünsche, die sich an dieses Gesetz knüpften, in dem erstrebten Umfang erfüllt, es kann aber doch ganz entschieden darauf hingewiesen werden, daß die bisher aufgetretenen bedauerlichen und nicht geringen Mängel bei der Umanerkennung ihren Ursprung nicht im Aufbau und im Wortlaut des Gesetzes haben, sondern auf ganz andere und verschiedene Ursachen zurückgeführt werden müssen.

Der VdK betrachtet es als seine wesentlichste Aufgabe, nach der Schaffung des Gesetzes nun seine besten Kräfte daran zu wenden, bisher zutage getretene Fehler bei der Verwaltungsdurchführung nachdrücklich zu beseitigen helfen. Das entspricht dem Willen des Gesetzgebers, das Bundesverfassungsgesetz selbst zu einer segensreichen Auswirkung zu bringen.

Die Ortsgruppe Etlingen des VdK hält die letzte Sprechstunde in diesem Jahr am Samstag, 15. Dez., im Schloß, in der Zeit von 2 bis 5 Uhr. Wir weisen nochmals alle Sozialversicherten auf die Ankündigungen (auch in unserer Heimatzeitung in der letzten Woche erschienen) hin: Anwartschaften erhalten! Nun geht es dem Weihnachtsfest sehr rasch näher, der Zeit, über die Goethe sagt: „Wenn ein Wunder in der Welt geschieht, geschieht durch reine, liebevolle Herzen.“ In unserem eigenen Herzen also räumen wir beginnen, den Frieden zu schaffen. Wir dürfen nicht darauf warten, was andere tun. Wo Liebe waltet, wird Frieden sein, wer im Haß verharret, wird ihm selbst zum Opfer fallen. H.S.

So stimmen wir alle für Baden. 1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland (Südweststaat). 2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden. Dieser Kreis kann nicht durchstrichen werden er muß treu bleiben. Dann müssen Sie in diesen Kreis ein Kreuz machen.

Die Meinung des Lesers:

Kurzschluß
 „eines künftigen SWSTA-Bürgers“
 In der EZ vom 4. Dez. fühlte sich „ein künftiger SWST-Bürger“ berufen, uns unter der Überschrift „Der Nutzen des Anschlusses“ einleitend klar zu machen, „daß die saubere Beschriftung einiger Straßen keine Verschandelung der Stadt darstellt“.
 „Armer „künftiger SWST-Bürger“, das ist Geschmackssache! Ich finde eine derartige „Beschriftung“ ausgesprochen geschmacklos, aber bezeichnend für diese Gesinnungsfreunde, die um die Gunst und die Pfünden Stuttgarts bühelnde Tänze aufführen, über die jeder anständige Badenser nur mitteilend lächeln kann!
 Mit den Worten vom „Nutzen des Anschlusses“ unterließ Ihnen ein weiterer, nicht minder bezeichnender Lapsus. Nicht, daß Sie unrecht hatten, wenn Sie das Wort „Anschluß“ im Zusammenhang mit der Bildung des Südweststaates gebrauchten. Im Gegenteil: Sie

sprachen ungewollt das aus, was in der Phrasologie Ihrer Vorbeter geflüstertlich vertrieben wird, daß nämlich die Schwaben unser schönes Badnerland sich „anschießen“ (lies: einverleiben) wollen, um auf unsere Kosten den Staat Großschwaben ins Leben zu rufen.
 Jawohl, auf unsere Kosten! Denn glauben Sie ja nicht, daß Stuttgart ein Interesse an uns hätte, wenn bei dem Geschäft kein Profit herauspringen würde.
 Mehr zu Ihrem Artikel zu sagen, halte ich für nutzlos, denn Sie scheinen offenbar zu den Leuten zu gehören, die sich ihre „eigene Meinung“ von irgendeinem Parteivorstand verschreiben lassen.
 Die Frage „Alte Länder oder Südweststaat“ aber wird vom Volk entschieden werden, von den Wählern, die nicht nur ihr Herz, sondern auch den gesunden Menschenverstand sprechen lassen. Sie werden mit ihren Stimmen den von Ihnen gewünschten „Anschluß“ verhindern und zu einem „Kurzschluß“ machen!
 Ein alter Badener.

Aus den Albau-Gemeinden

Völkersbach. Am 4. Dez. konnte eine drei Zentner schwere Bombe, die vier Meter tief im Garten eines Hauses lag, entschärft werden, so daß eine Explosionsgefahr vermieden wurde.
 Der Neubau des Peter Koch konnte noch vor Eintreffen des Winters unter Dach gebracht werden.

Katholiken sammeln für Hallen

Erzbischof Dr. Rauch hat für den 9. Dezember eine allgemeine Kirchenkollekte in allen Kirchen der Erzdiözese Freiburg für die Hochwassergeschädigten in Oberitalien angeordnet. Dadurch soll ein Beitrag zur Unterstützung der Notleidenden in den italienischen Katastrophengebieten geleistet und dem Heiligen Vater die Möglichkeit gegeben werden, ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Rheinwasserstand am 5. 12.:	Konstanz 306 (+1)
Rheinfelden — (-)	Breisach 186 (+4)
Strasbourg 260 (+1)	Maxau 438 (+1)
Mannheim 314 (+4)	Caub 226 (-4)

Wettervorhersage

Im ganzen meist starke Bewölkung und im Tagesverlauf von Norden allmählich südwärts übergreifende Niederschläge. Höchsttemperaturen zwischen 6 und 8 Grad, Tiefsttemperaturen 2 bis 5 Grad. Zeitweise etwas auffrischende Winde um Südwest.
 Barometerstand: Veränderlich.
 Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +7°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Nasses Wetter

macht Ihren Fußböden nichts aus, denn REGINA-Hartglanzwachs ist besonders widerstandsfähig gegen Schmutz und Nässe. Kluge Hausfrauen benutzen daher immer



Jetzt auch in parkettgelb erhältlich.
 Ettligen: H. Hauck, Inh. J. Cichon
 Karl Ott, Mühlenstr.
 H. J. Steinle,
 Ettligenweier: Gilbert u. Melzer

Denken Sie daran daß die Ziehung der 3. Klasse der Südd. Klassenlotterie bereits am 13. u. 14. Dez. stattfindet

OBST- U. ZIERGEHÖLZE BAUMSCHULEN

Jben
 ETTLINGEN-TELEFON 291

ZU VERKAUFEN

Bettstelle (Nußbaum) zu verkaufen.
 Zu erf. unter 4266 in der EZ

Zu verkaufen in Ettligen (Stadtteile) 18 1/2 Ar großer, schöner Obstgarten, gut eingetriedigt, mit Gartenhäuschen. F. Giner, Immobilien, Ettligen, Steigenhohl 10, Tel. 264

Eine gute Mühlmaaschine

gehört in jedes Haus
Buchdruckerei A. Graf
 Ettligen, Schöllbronner Str. 5

STELLENANGEBOTE

Erf. Mädchen für ruhigen Haushalt gesucht. Vorzustellen nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr.
 Zu erf. unter 4267 in der EZ

ZUKAUFEN GESUCHT

Kinderauto (tretbar) zu kaufen gesucht.
 Angeb. unter 4272 an die EZ

GROSSER MANN KLEINER MANN
Alle rauchen DOBBELMANN Tabake
 in Dobbelmanns Bruyere-Pfeifen von **Zigarrenhaus DIETZ**
 Groß- und Kleinhandel
 Ettligen, Leopoldstr. 6, Tel. 675

Was könnte ich schenken?

- einen Raudi-Clubbisch, Lampentisch
- Radio-Nähtisch, Teewagen
- Sonstiges Kleinmöbel
- Zum Sessel das Kissen
- Bettumrandung, Bettvorleger

finden Sie in unserer Auslage
 Schöllbronner Straße 37

MÖBEL-GROS

Einzelstühle - Betten

BEKANNTMACHUNGEN

Verkaufssonntage vor Weihnachten und Ladenschluß am 24. und 31. Dezember 1951

A. Verkaufsfreie Sonntage vor Weihnachten
 Gemäß §§ 41 d und 105 b Abs. 2 Satz 2 der Gewerbeordnung dürfen am:
 Sonntag, 9. Dez., von 14.30 bis 17.30 Uhr, Sonntag, 16. Dez., von 13.30 bis 17.30 Uhr, Sonntag, 23. Dez., von 13.30 bis 17.30 Uhr sämtliche Verkaufsstellen geöffnet gehalten und Arbeitnehmer beschäftigt werden.

- Auf folgende Bestimmungen wird hierbei hingewiesen:
- Die Arbeitszeit der Beschäftigten einschließlich der Vor- und Abschlusarbeiten darf 8 Stunden nicht überschreiten und nicht über 18 Uhr hinausgehen. Die Zeit des Hauptgottesdienstes ist vom Geschäftsverkehr freizuhalten.
 - Die beim Ladenschluß anwesenden Kunden dürfen noch zu Ende bedient werden, jedoch ist die Beschäftigung von Angestellten und Arbeitern über 18 Uhr hinaus nach § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung untersagt.
 - Werdende Mütter dürfen nach § 4 des Mutterschutzgesetzes nicht beschäftigt werden.
 - Die Beschäftigung Jugendlicher ist nach § 18 Abs. 4 des Jugendschutzgesetzes erlaubt, ist jedoch nach Möglichkeit zu vermeiden.
 - Die Bezahlung der Sonntagsarbeit hat den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen entsprechend zu erfolgen.
 - Den an den Verkaufssonntagen Beschäftigten ist im Monat Januar 1952 im Zusammenhang mit der nach Tarifordnung zu gewährenden Freizeit ein zusammenhängender Freizeitanspruch von der Dauer eines vollen Arbeitstages zu gewähren.
 - Auf den Großhandel findet die Ausnahmeregelung keine Anwendung.

B. Ladenschluß am 24. und 31. Dezember 1951

Der Ladenschluß für offene Verkaufsstellen und der Verkaufschluß im ambulanten Handel und Wandergewerbe wird wie folgt festgesetzt:

24. Dez. 1951	allgemeiner Ladenschluß	14 Uhr
	Lebensmittelgeschäfte	15 Uhr
	Verkauf von Weihnachtsbäumen	17 Uhr
31. Dez. 1951	allgemeiner Ladenschluß	14 Uhr
	Lebens- und Genussmittelgeschäfte	17 Uhr

Werden Jugendliche am 24. Dez., 1951 nach 14 Uhr beschäftigt, so ist ihnen in der darauffolgenden Woche eine Freizeit entsprechend § 17 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes zu gewähren.

C. Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien

Vom staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe ist für Bäckereien und Konditoreien folgende Ausnahmegenehmigung erteilt worden:

Abweichend vom § 5 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien darf am Samstag, 22. Dez. 51, Montag, 24. Dez. 51 und Samstag, 29. Dez. 51 und Montag, 31. Dez. 51 mit den Backarbeiten bereits ab 1 Uhr begonnen werden.

Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nicht vor 6 Uhr und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nicht vor 4 Uhr beschäftigt werden.

Auf die Beachtung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen wird ausdrücklich hingewiesen. Eine Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeiten ist durch Heranziehung von Aushilfskräften zu vermeiden. Die tägliche Arbeitszeit der Erwachsenen darf höchstens 10 Stunden, die der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren höchstens 9 Stunden betragen.
 Der Landrat.

AUFRUF
 der badischen Landesregierung

Männer und Frauen! Liebe Landsleute!

Am 9. Dezember liegt bei Euch die ernste Entscheidung, ob Ihr in Zukunft die Geschicke Eurer Heimat selbst in der Hand behalten wollt.

Baden war von jeher das Land der Freiheit und der Toleranz, ein Hort der Demokratie und ein Vorbild der Bundestreue.

Baden in seinen alten Grenzen ist wirtschaftlich so leistungs- und entwicklungsfähig wie einst. In einhundertfünfzigjährigem Aufbau hat sich im badischen Raum ein gesundes und ausgeglichenes Wirtschaftsleben entfaltet. Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Handel sind in glücklicher Harmonie zu gleicher Blüte gelangt. Die Beamtenschaft zeichnet sich durch Unbestechlichkeit und Pflichttreue, Einsatzfreude und hohe Leistungen aus.

Das Land Baden ist unbestritten das Bundesland mit der fortschrittlichsten Sozialgesetzgebung.

Die Heimatvertriebenen haben beim Wohnungsbau und bei der Arbeitsplatzbeschaffung einen Anteil erhalten, der nicht nur ihrer Zahl entspricht, sondern von der Größe ihrer Not her bestimmt ist. So manche anderen Sozialleistungen Badens für die Heimatvertriebenen stehen über denen der anderen Länder. Für die weitere Eingliederung der Heimatvertriebenen ist ein Regierungskommissar bei der Landesregierung bestellt worden.

Warum sollten wir die Eigenstaatlichkeit des Landes der politischen Freiheit, einer hohen bodenständigen Kultur, einer ausgeglichenen Wirtschaft und des sozialen Fortschritts aufgeben? Vergessen wir nicht, daß in einem „Südweststaat“ die größere Zahl unserer württembergischen Nachbarn in allen wichtigen Fragen stets den Ausschlag gibt. Wollt Ihr selbst weiterhin über das bestimmen, was Euch am Herzen liegt, dann stimmt am 9. Dez. für die Wiederherstellung des alten Landes Baden.

Jeder zur Wahlurne!

Jede Stimme für Baden!

Freiburg i. Br., den 30. November 1951

Die Landesregierung
Wohleb
 Staatspräsident

HAT Herz in Gefahr?
 Von Herzmuskelschwäche, Kreislaufstörungen, Arterienverengung zu hohem Blutdruck, Schlaflosigkeit usw. schützen Sie sich rechtzeitig durch **HERZGEIST-Goldtropfen**
 Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Winterfahrpläne 1951/52
Neues Amtliches Kursbuch
 für Südwestdeutschland **DM 1.80**
Amtlicher Taschensfahrplan
 für Baden u. Württemberg-Hohenzollern . . . **DM 0.60**
 Buchdruckerei A. Graf, Ettligen, Schöllbr. Str. 5

Für Haus-Schlachtungen
 Spezialität gar. r. Gewürze
 Pfeffer weiß g.z. u. gem.
 Pfeffer schwarz ganz u. gemahlen
 Muskaß g.z. u. gem.
 Muskatblüte germanien
 Ungar. Rosenpaprika edelsüß
 Koriander ganz u. gem.
 Thü. Majoran gerebelt
 Thymian gerebelt
 Piment gemahlen
 Nelken gemahlen
 Lorbeerblätter
 sowie Pökelsalz, Brühpech, Salpeter, Wurstbindfäden
Drogerie Rud. Chemnitz
 Ettligen, Leopoldstraße 7
 Telefon 290

Die Heimat ruft! Badener stimmt alle ab. Folgt der Stimme des Herzens und dem Ruf das Gewissens. Nicht Propaganda und Verprechungen wollen wir, sondern die Selbstverwaltung unserer Heimat!

Umschau in Karlsruhe

Keine Stundung für Württ.-Baden

Leistungen zum Finanzausgleich sehr hoch
 Karlsruhe (UP). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe hat den Antrag der württemberg-badischen Staatsregierung auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, wonach dem Land Württemberg-Baden die Leistungen innerhalb des Finanzausgleichs bis zu einer endgültigen Entscheidung gestundet werden. Württemberg-Baden hatte vor kurzem Klage gegen den Finanzausgleich erhoben, weil er angeblich mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. In der bekanntgegebenen Urteilsbegründung wird zugegeben, daß die monatlichen Zahlungen in Höhe von etwa acht Millionen D-Mark für Württemberg-Baden eine schwere Last bedeuten. Auf der anderen Seite wird jedoch die Einstellung dieser Zahlungen (die Kasenslage der ausgleichsberechtigten Länder in schwere Verwirrung bringen. Die Nachteile, die bei einem Erlaß der beantragten einstweiligen Anordnung eintreten würden, seien so schwerwiegend, daß es bei gerechter Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen dem Land Württemberg-Baden zugemutet werden müsse, die ihm nach dem Gesetz obliegenden Leistungen bis zur Entscheidung des Streitfalles auszuführen.

Nun auch Karlsruher Fastnachtsumzug
 Karlsruhe (swk). Unter dem Motto „Karlsruh' wackelt...“ veranstaltet nunmehr auch die Fächerstadt am Fastnachtdienstag, 26. Februar 1951 nach vielem Ach und Weh jetzt endlich seinen Karnevalsanzug. Die künstlerische Oberleitung des Umzuges liegt in den Händen von Kunstmaler E. Frommstein und Geschäftsführer Heyden vom Verkehrsverein Karlsruhe. Die Vorbereitungen sind bereits jetzt schon ernst angefallen.

Aus der badischen Heimat

Leiche nach drei Monaten gefunden
 Heidelberg (swk). Seit drei Monaten wurde intensiv nach einem 34 Jahre alten landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter aus Hundheim bei Buchen gesucht. Seine Leiche wurde jetzt unter einem Heuhaufen in seinem elterlichen Anwesen gefunden. Man nimmt Selbstmord aus Schwermut an.

Landkreis erhält mehr Kohlen
 Heidelberg (wb). Der Kohlenbeauftragte für den Kreis Heidelberg hat das Kohlenkontingent für die Haushalte des Landkreises auf 16,5 Zentner festgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß diese Menge auch voll ausgereicht wird. Der Landkreis Heidelberg ist damit in der Lage, die Haushalte im Kreisgebiet mit einem halben Zentner Brennstoff mehr zu beliefern, als die Haushalte in der Stadt Heidelberg erhalten.

Kohlen-Schwarzhandel wird überschätzt
 Mannheim (wb). Die Bedeutung des Kohlen-Schwarzhandels in der Wirtschaft werde im allgemeinen überschätzt, stellt die Industrie- und Handelskammer Mannheim in einem Situationsbericht fest. Die Tatsache, daß 89 Prozent des Aufkommens an geleiteter Kohle über die zentrale Kohlenverkaufsorganisation geleitet werden, beweise doch, daß der Schwarzmarkt auf die ganze Kohlenversorgung keinen entscheidenden Einfluß habe.

19jähriger stahl zwei Lastkraftwagen
 Ziegelhausen (wb). In Ziegelhausen im Landkreis Heidelberg wurden zwei leichte Lastkraftwagen entwendet. Beide Autos wurden in der näheren Umgebung von Ziegelhausen in stark beschädigtem Zustand wieder aufgefunden. Als Täter konnte jetzt ein 19jähriger Schreiner ermittelt werden, der vergeblich versucht hatte, mit einem „gelehnten“ Lastkraftwagen in eine benachbarte Ortschaft zu fahren. Wie sich heraus-

stellte, hat der junge Mann außerdem noch einen Einbruch auf dem Gewissen.

Eberbach. Auf einer Tagung des Badischen Städtebundes in Eberbach wurde angeordnet, Bürgerausschüsse mit beratender Funktion zu bilden. Es wurde betont, daß das Recht der Gemeinden, Bürgerausschüsse zu bilden, in der neuen Kommunalverfassung des Südweststaates beziehungsweise des Landes Baden verankert werden müsse. (wb)

Rastatt. Der Suchdienst Rastatt ist durch eine Anordnung des Bundesinnenministeriums vor kurzem aufgelöst worden. Der Aufgabenbereich des Suchdienstes wurde vom Deutschen Roten Kreuz und vom deutschen Caritas-Verband übernommen. (ld)

Kehl. Der bisherige Landrat des Landkreises Kehl, Peter Mayer, ist wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger, Dr. Bechtold, wird in der kommenden Woche in sein Amt eingeführt werden. (ld)

Lahr. In Ichenheim im Kreis Lahr wird zur Zeit von der Gewerkschaft Elwerath (Erdölwerke Hannover) nach Erdöl gebohrt. Es wurde ein 47 Meter hoher Bohrturm aufgebaut, mit dem Bohrungen bis in 2000 Meter Tiefe vorgenommen werden sollen. (ld)

Kraftwagen zwischen den Bahnschranken
 Wehr/Baden (ld). An einer Ausfallstraße in Wehr/Baden versuchte ein Kraftfahrer, den Bahnübergang zu überqueren, während schon die Schranken heruntergelassen wurden. Der Wagenlenker mußte mitten auf dem Bahnkörper abstoppen. Ein Unglück wurde nur durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers verhindert, der sofort die Notbremse und den Sandstreuer betätigte. Der Wagen wurde von der Lokomotive etwa fünf Meter vorwärts geschoben und seitlich demoliert. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Südweststaat-Kundgebung im Landtag

Eine Regierungserklärung und lebhafte Debatten

Stuttgart (wb/ld). Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier erklärte in einer Regierungserklärung zur bevorstehenden Volksabstimmung zur Südweststaatsfrage vor dem Landtag, die natürliche Reaktion der Deutschen auf die von den Alliierten im Jahre 1945 vorgenommene Aufteilung Südwestdeutschlands in drei Länder sei „nicht halb und halb wollen wir zueinander, sondern ganz und alle miteinander“. Dr. Maier sagte, das gleiche gelte für das ganze Deutschland. Ost und West würden sich mit der Naturgewalt eines Stromes, der künstlich in zwei Beeten geleitet worden war, wieder zusammensünden. Die Volksabstimmung am 5. Dezember sei eine „Generalprobe aufs Exempel“. Sie könne aber auch deutsches Unvermögen in einer Zeit schwerster väterländischer Not konstatieren. Ein Zusammenbruch der drei Länder in der Südwestecke Deutschlands werde zu einem anständigen und angesehenen, leistungsfähigen und gesunden Staatswesen führen.

Der stellvertretende Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Dr. Veit, sagte, die Bildung eines Südweststaates würde dem zerrissenen und aufgewühlten badischen Volk wieder den Frieden bringen. Ein Volksentscheid, der eine Vereinigung herbeiführe, würde eines der brennendsten Probleme des deutschen Volkes wenigstens im Südwestraum, vorbildlich aber auch für andere deutsche Länder, lösen. Die Badener seien weder im Landtag noch im Ministerrat bei den unzähligen Abstimmungen ein einziges Mal majorisiert worden, obwohl die Württemberger die größere Volkszahl in Württemberg-Baden aufgewiesen haben. Der politische Wille werde von den Parteien gebildet, und keine Partei könne es sich erlauben, einen Teil des Landes zu Gunsten

Wohleb eröffnet Lehrerbildungsakademien

Freiburg (wb/ld). Der südbadische Staatspräsident Wohleb eröffnete in Freiburg eine katholische und eine evangelische Lehrerbildungsanstalt. Eine Ansprache verwehrte sich Wohleb gegen die Behauptung, daß die Lehrerbildung in Südbaden schlechter konfessionell sei. In Baden sei sowohl die simultane wie die konfessionelle Lehrerbildung möglich. Es stehe jedem Lehramtsbewerber frei, sich für die ihm gemäße Ausbildungsart zu entscheiden. — Der Freiburger Erzbischof Dr. Rauch erinnerte bei der Eröffnung der katholischen Akademie daran, daß schon sein Vorgänger dafür eingetreten sei, der Religion in den pädagogischen Akademien wieder den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Oberkirchenrat Katz erklärte als Vertreter des Landesbischofs bei Eröffnung der evangelischen Akademie, die evangelische Kirche bejehle die christliche Simultanschule, fordere jedoch die konfessionelle Lehrerbildung.

Redakteur Carl Fürst gestorben

Freiburg (swk). Nach langem schwerem Krankenlager starb in einer hiesigen Universitätsklinik Redakteur Carl Fürst aus Offenburg im Alter von 59 Jahren. Die journalistische Laufbahn des aus Heidelberg Gebürtigen begann in seiner Heimatstadt. Nach mehr oder weniger langen Jahren der redaktionellen Betätigung in Karlsruhe, Rastatt und Mülhausen erlebte er den Zusammenbruch als Redakteur 1945 am Offenburger Tageblatt in Offenburg. Nach dem Umbruch gründete Fürst dort eine Bezirksredaktion. Der Verstorbene hatte sich hauptsächlich in seiner Karlsruher Zeit dank seiner kulturfördernden Rezensionen besonderer Wertschätzung erfreut.

Freiburg. Dr. Henry Hoek, der mit Wilhelm Paulcke zu den bekanntesten Freiburger Pionieren des deutschen Skilaufs gehörte, ist in Vaduz, der Hauptstadt von Liechtenstein, gestorben. (wb)

Freiburg. Nach Beendigung der jährlichen Überwachungsarbeiten nahm die berühmte Seilsewebbahn auf den 1284 Meter hohen Schauinsland vor den Toren der Breisgauemetropole ihren Betrieb wieder auf. (wbk)

Freiburg. Eine schwerhörige, 86 Jahre alte Frau, die an der Höllentalbahn an einem durch ein Drehkreuz gesicherten Übergang die Gleise überschreiten wollte, wurde von einem Einzug erfaßt und getötet. (hpd)

Singen. Der Jungangestellte Alois Eckert aus Singen a. H. wird zusammen mit 13 weiteren Preisträgern im Berufswettkampf aus dem Bundesgebiet in einem Empfang teilnehmen, den Bundespräsident Professor Heuss am 12. Dezember sieben wird. (ld)

Eine Wirtschaftsoberschule in Waldshut?

Waldshut/Hochrhein (ld). Vertreter des Einzelhandels und der Handelsschule Waldshut besprachen auf einer Zusammenkunft Probleme des Berufsnachwuchses. Dabei wurde auch die Frage erörtert, ob in Waldshut — wie in einigen anderen Städten Badens — eine Wirtschaftsoberschule errichtet werden soll. Die Wirtschaftsoberschule ist vor allem für aus der Volksschule entlassene Schüler gedacht, die nach sechs Schuljahren zum Vollaabitur gelangen können, das sie zum Studium berechtigt. Sie ist keine Fachschule, sondern eine höhere Lehranstalt. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Konstanz. Der Konstanzener Spitalwein darf nach einer Verfügung der südbadischen Regierung in Zukunft mit dem Gütezeichen für die badischen Weine etikettiert werden. (ld)

Aus den Nachbarländern

Arbeitslosigkeit leicht gestiegen

Saisonbedingte Zunahme im Baugewerbe

Stuttgart (wb). Die Zahl der Arbeitslosen in Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ist im November leicht angestiegen und betrug Ende des Monats insgesamt 67 383 Personen. Den stärksten Neuzugang an Arbeitslosen verzeichnet Württemberg-Baden mit 1821, gefolgt von Südbaden mit 966 und Württemberg-Hohenzollern mit 910 Personen. In Württemberg-Baden sind damit gegenwärtig 48 187, in Südbaden 10 709 und in Württemberg-Hohenzollern 8487 Personen ohne Beschäftigung. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im November ist nach Mitteilung der Landesarbeitsämter saisonbedingt. Vor allem wurden das Baugewerbe und die Landwirtschaft betroffen.

Die Gefahr der religiösen Verflachung

Stuttgart (wb/ld). Der Bischof von Rottenburg, Dr. Leiprecht, warnte in Stuttgart vor einer religiösen Verflachung, die nun auf dem Lande zu beobachten sei. Das materielle Denken und das Gewinnstreben, das gegenwärtig alle Berufsstände einschließlich des Bauernstandes beherrsche, bringe die Menschen in Gefahr, sich außerhalb der göttlichen Ordnung zu stellen. Vielerorts werde der Sonntag nicht mehr als „Tag des Herrn“ geschätzt. „Wir sind auf dem besten Wege zur Profanisierung des Sonntags“, sagte der Bischof, der auf einer von der Akademie der Diözese Rottenburg veranstalteten Landvolkwoche vor württembergischen Bauern sprach.

Großfahndung nach Attentätern

Stuttgart (wb/ld). Die Kriminalpolizei in Stuttgart hat eine Großfahndung nach dem vermutlichen Urheber der Sprengstoffanschläge in Bremen und Eyrstrup eingeleitet. Wie von Beamten der Kriminalpolizei erklärt wird, handelt es sich um die größte Fahndung, die seit dem Sommer des vorigen Jahres eingeleitet wurde. Damals war im ganzen südwestdeutschen Raum nach einigen verschwundenen Kindern gefahndet worden. Unter ihnen befand sich die sechsjährige Monika Gwinnner, von der noch immer jede Spur fehlt.



Copyright by Hamann-Meyerpress (37. Fortsetzung)

„Darüber werden wir später sprechen, Percy. Ich glaube, ich kenne die Beweggründe meines Bruders. Aber“, er richtete sich auf, „ich bin Ihnen eine Erklärung schuldig, meine Herren! Sie kamen im letzten Augenblick ich war mit meiner Maschine auf dem Weg zu Huang Yus Residenz. Ich wollte Hilfe holen, für Huang Yus Sohn, der in der Steppe in einer abgelegenen Stadt gefangen ist. Ich wollte das Kind und —“ Oliver Persham suchte nach Worten: vor seinen Augen stand Jennifers Bild. Jennifer, die er liebte. Was war aus ihr geworden? — „Ja, für das Kind und seine Pflegerin...“ Er stöhnte.

„Im Morgendämmer bin ich mit der Maschine von dort gestartet. Doch der Sandsturm, der am vorübergehenden Tag gewütet hatte, hatte die Instrumente zerstört. Der Kompaß und die anderen Navigationsinstrumente funktionierten nicht mehr richtig. Der Flug war furchtbar, die Maschine nicht zu steuern. Ich versuchte zu funkeln, auch das ging nicht. Und hier, weitab von jeder menschlichen Hilfe, versagte der Motor. Ich wußte, was das bedeutete, ich war mir völlig darüber klar! Ich habe die Sonne aufheben sehen und verschwinden. Wie oft, das habe ich nicht mehr zählen können zum Schluß. Und endlich hatte ich auch nicht mehr die Kraft zu denken. Ich wollte nicht mehr...“

XIX. Kapitel

Tausend bunte Laternen brannten in der Residenzstadt des großen Mandarin Huang Yu. Aber es waren nicht mehr die roten Kriegslaternen, die die Priester entzündet hatten, es waren Freudenlaternen, die mit ihren bunten Farben die Nacht zum Märchen machten.

Tausend blühende Zweige streuten ihre Blüten über die Straßen der Residenzstadt. Der Mandarin hatte Reis und Wein verteilen lassen. Alle sollten glücklich sein, alle sollten an der Freude des Vaters teilhaben, der seinen Sohn wiederbekommen hat.

Yen Sei war heimgekehrt! Yen Sei, der Liebling aller.

Man lachte und jubelte, man sang und tanzte. Jennifer stand am Fenster ihres Zimmers und blickte hinaus. Sie sah die bunten Laternen, sie hörte das Singen der frohen Menschen. Sie war aus der Krankenstube in den Palast Huang Yus übersiedelt. Der Mandarin hatte es so gewollt. Er betrachtete sie als einen Ehrengast, dem man alle Schätze zu Füßen legen mußte. Sie hatte sein Kind gepflegt, sie war Yen Seis Vertraute. Sie brauchte nur den Finger zu rühren, und Hunderte von Bedienten standen ihr zur Verfügung.

Auf dem niedrigen Lager ausgebreitet lag das silberglänzende Gewand, das ihr der Mandarin für den heutigen Festabend geschickt, und in einem flachen Ebenholzkästchen häuften sich Juwelen, die er ihr geschenkt hatte. Unermessliche Kostbarkeiten, die ihr kein Lächeln entlocken konnten.

Mechanisch ließ sie sich ankleiden. Nur um Professor Ashleys Sorge nicht noch zu vergrößern, zwang sie sich, etwas zu essen, zu sprechen und sich zu bewegen.

Tag für Tag hatte sie erwartet. Stunde um Stunde, es war eine Kette von Leiden.

Leichter wäre es gewesen, wenn sie gewußt hätte, daß Oliver tot war. Aber diese Ungewißheit ging über ihre Kraft.

Wie war es eigentlich möglich, daß ein Mann so spurlos verschwand? Doch in diesem riesigen Reich war der Mensch nur wie ein Sandkorn.

Hastige Schritte eilten den Korridor entlang. Ohne anzuklopfen, kam Professor Ashley ins Zimmer.

„Was ist?“ Jennifer fuhr herum. Sie warf nur einen Blick auf den alten, weißhaarigen Mann, der ihr wie ein Vater geworden war, und dann fuhr sie mit der Hand zum Herzen.

„Was ist?“

Professor Ashley öffnete die Arme. „Er kommt, Jennifer — er lebt! Oliver Persham lebt!“

Sie starrte ihn an. Sag auf ihn zu, barg ihren Kopf an seiner Brust.

„Sag es noch einmal“, flüsterte sie, „sag es noch einmal, daß es wahr ist.“

„Er lebt, Jennifer! Huang Yus Funktionär hat soeben die Nachricht aufgefunden, daß man Oliver Persham aufgefunden hat und ihn mit einem englischen Patrouillenflugzeug hierher bringt. Er lebt, Jennifer, er kommt! In einer Stunde kann er hier sein!“

Jennifer lachte und weinte, sie konnte es nicht fassen. Sie hatten beide nicht gemerkt, daß Lu Tai in der Tür erschienen war und mit großen Augen zu ihnen herüber sah.

Sie erschrakten, als das junge Chinesenmädchen plötzlich vor ihnen stand. Jennifer faßte sich zuerst.

„Er kommt, Lu Tai! Oliver Persham kommt — Wu Tang ist gerettet!“ Sie wollte Lu Tai umarmen, aber die Chinesin wich zurück. Ihre dunklen Augen flatterten, doch das Gesicht war unbeweglich.

„Wann kommt Wu Tang?“ Ihre Stimme war ausdruckslos, wie das Gesicht, in dem nur die dunklen Augen brannten.

Sie hat kein Gefühl, dachte Jennifer — irgendwie war ihr Lu Tai unheimlich. Er ging eine Welle von Haß von ihr aus, wenn sie auch äußerlich nie etwas zeigte.

„Wann kommt Wu Tang?“ fragte Lu Tai noch einmal.

„In einer Stunde kann er hier sein“, jubelte Jennifer. „Hier, Lu Tai, bei uns — bei mir!“

Vielleicht hätte sie das Letzte nicht sagen sollen, aber in ihrem unendlichen Glück achtete sie nicht auf ihre Worte. Sie sah auch nicht den Blick tödlichen Hasses, den Lu Tai ihr zuwarf.

„Ich will mich für ihn schmücken, jetzt freue ich mich über alle die Gaben, die Huang Yu mir gesandt hat.“

„Ruhig, Jennifer, du darfst nicht wieder krank werden“, Professor Ashley wandte sich an Lu Tai.

„Hilf ihr ein wenig, Lu Tai!“

Die junge Chinesin beugte demütig den Kopf. Ihr Gesicht war zur Maske erstarrt. Aber ihre Hände zitterten nicht.

„Ich will frische Blumen holen“, sagte sie, „Missy soll frische Blumen ins Haar stecken, Wu Tang liebt das.“

Vielleicht hatte ihre Stimme doch ein wenig anders geklungen als sonst, denn Jennifer wandte sich auf einmal um.

„Lu Tai, freust du dich nicht? Ach, ich weiß, daß du dich freust, du bist doch sein Mündel, hast so lange mit ihm zusammen gelebt. Du bist hierher gekommen, um ihm zu helfen. Lu Tai...“ Sie streckte ihre Hände nach der jungen Chinesin aus, aber diese wandte sich von ihr ab.

Nein, es gab wohl keine Brücke von ihrer Welt zu der der jungen Asiatin.

„Hole auch für dich Blumen, Lu Tai, er liebt dich doch — ich weiß es!“

Sie erhielt keine Antwort. Als sie sich umwandte, war sie allein.

(Schluß folgt.)

AUS UNSERER HEIMAT

Heilbäder feiern Jubiläum

100 Jahre Dürheim — 40 Jahre Krotzingen

Es sind nun 100 Jahre her, seitdem man in Bad Dürheim anfang, den kostbaren Reichtum unter der Erde, die heilkräftige Sole, in Verbindung mit den vorzüglichen Eigenarten eines Höhenluftkurortes für Heil- und Kurzwecke zu verbinden. In diesen hundert Jahren hat die Stadt einen beachtlichen Aufschwung genommen. Heute steht Dürheim mit an der Spitze der bekanntesten Kurorte des badischen Schwarzwaldes.

Aus den Anfängen von Bad Dürheim

Dürheim war vor 150 Jahren noch ein Dorf wie viele andere Orte auf der Baar. Der Villingen Bürgermeister Konrad Heby entdeckte zunächst 1805 in der Gegend von Dürheim größere Gipslager, die dieser auch ausbeutete. Leider konnte er den Beweis seiner Behauptungen, daß hier auch Salzlager unter der Erde sein sollen, nicht mehr erbringen. Noch 1815 wurde in Baden systematisch das Land nach Salzvorkommen untersucht, da man sich von den Salzlieferungen der Nachbarländer frei machen wollte. Der damalige großherzogliche Gefällverwalter Willmann, der zuvor mit Heby zusammen gearbeitet hatte, setzte sich mit dem Heilbergraber Salinenfachmann, Geheimrat von Langsdorf in Verbindung, der dann auch 1821 mit den Versuchsbohrungen in Dürheim begann. In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1822 stieß man in einer Tiefe von 140 Metern auf die ausgedehnten und gewaltigen Steinsalzablagerungen. Das war der Anfang der badischen Staatsminen in Bad Dürheim. Nach der Erstellung von drei Siedehäusern wurde 1823 mit der Salzerzeugung begonnen. Die Saline wurde Mittelpunkt und Haupterwerbszweig der Gemeinde und das Dürheimer Salz belieferte immer mehr die Haushaltungen des Landes. Bei Vollbetrieb der Saline werden jährlich 10 000 bis 11 000 Tonnen Salz erzeugt, wozu rund 40 000 cbm Sole benötigt werden.

Ein findiger Mediziner

Trotz der Saline wäre Dürheim heute noch ein wenig bekanntes Dorf, wäre nicht vor 100 Jahren ein findiger Mediziner auf die Idee gekommen, die Sole in den Dienst der Heilkunde zu stellen. Durch unterirdische Leitungen wurden die großen Heime und Kurhäuser mit den Behältern der Saline verbunden. Jährlich können so 65 000 Solbäder und 25 000 Inhalationen gegeben werden. Viele haben hier Linderung und Heilung von ihren Krankheiten gefunden. Rheuma, Kreislaufstörungen, Bronchitis, Augenleiden, Rachitis und auch schwere Allgemeinerkrankungen wurden hier erfolgreich behandelt und die vorzüglichen klimatischen Verhältnisse der Baarlandschaft förderten auf einer Höhenlage von 700 bis 800 Meter den Heilvorgang.

Eine bedeutende Thermalquelle

Im Spätjahr 1911 — also vor 40 Jahren — begann eine Mannheimer Firma mit den Vorbereitungen zur Erdölbohrungen. Statt der dunklen, schmierigen Masse des Erdöls schoß plötzlich ein 15 Meter hoher Strahl metallisch schimmernden heißen Wassers aus der geheimnisvollen Tiefe der Erde. Es war das Heilwasser eines wildquellenigen Thermalwassers, der im Anfang eine tägliche Wassermenge von etwa 7 Millionen Liter Wasser bei einer Temperatur von 41 Grad lieferte. Wie die wissenschaftlichen Untersuchungen ergaben, handelte es sich um eine Heilquelle, die sich den berühmten Thermen Deutschlands zur Seite stellen durfte.

In vier Jahrzehnten entwickelte sich hier in der Nähe von Freiburg ein Kurbetrieb, der sich immer mehr bewährte und der in ärztlichen Fachkreisen hohe Anerkennung gefunden hat.

Alte Adventsbräuche im Badnerland

Die Zeit der geheimnisvollen Prophezeiungen

Welcher Zauber ist doch beschlossen in dem Worte Advent. Es bezeichnet eine Zeit der Stille, der Besinnung, der Erwartung; für den Bauernmann eine Zeit der Ruhe. Einst war es die Zeit der Spinnstube, wo die Lieder und Sagen der Heimat erwachten. Mit linder Hand legt die Mutter Nacht jeden Abend dunkle Schleier über die Erde. Geisterwesen gehen nach altem Volksglauben um, gute und böse. Die Zeit der Winteranwendung naht, die heilige Zeit der Prophezeiung. Tage der Adventszeit, die im Volksbrauch eine besondere Rolle spielen, sind der Andreas-, der Barbara-, der Nikolaus- und der St. Thomastag.

In der Andreasnacht, welche die Adventszeit einleitet, tun die heiratslustigen Mädchen gern einen Blick in die Zukunft. Blei wurde gegossen, aus der entstandenen Bleiform des zukünftigen Beruf erraten. Das Mädchen rüttelte das Bett und sprach dabei: „Bettlad, i tritt di / heiliger Andreas, i bitt di, / Laß mir erscheinen, / den Herzallerliebsten meinen, / wie er geht und steht, / und wie er mit mir in die Kirche geht.“

Am Barbaratag (4. Dezember) wurden Zweige vom Kirschbaum, von der Eberesche oder dem Flieder in einem Wasserglas in die warme Stube gestellt. Erblühen sie bis Weihnachten, so ist ein frühes Frühjahr zu erwarten. In der Mosbacher Gegend nimmt man die erblühten Barbarazweige mit in die Christmette. Am Fest der unschuldigen Kinder (28. Dezember) werden die Mädchen mit dem Zweige „gefittelt“. Das bringt ihnen Glück.

Ein rechter Kinderfesttag ist der Nikolaustag. Im Schwarzwald schneiden sich die Kinder bereits Wochen zuvor das Klausenholz, in welches sie täglich die gebeteten Vater- und Mutterkerben. Am Vorabend des Nikolaustages wird das Klausenholz unter das Fenster gelegt. Der Nikolaus riecht daran, um festzustellen, ob die Kinder fleißig gebetet haben. Mancherorts hat sich der ehrwürdige

Bischof in den schellenrasselnden Peitznickel oder in den verummumten Rupelz verwandelt.

Oder aber es erscheinen beide Gestalten: Nikolaus und Rupelz. Während Rupelz, der Kinderschreck, mit Fellen bekleidet, durch die Stube kriecht, hält Nikolaus den Kindern ihre Missetaten vor. Wenn sie ihre Gebete gesprochen haben, werden Geschenke verteilt, die Ruhe aber bleibt zurück. Vielerorts legt man dem Nikolaus Brot, Speck und Honig, wohl auch ein Gläschen Schnaps, dem Eselchen aber Heu vors Fenster, damit beide sich stärken bei ihrer Reise durchs winterliche Land.

In der Lahrer Gegend ging früher am Nikolaustag (13. Dezember), der Thomastag (21. Dezember), aber auch die beiden Donnerstage vor Weihnachten, die sogenannten „Klopfnächte“, auch die „Anklopfete“ genannt. Mit der Thomasnacht beginnen die 12 heiligen Nächte. In der Thomasnacht schaut man wieder, wie in der Adventsnacht, in die Zukunft. Der Luziatag galt früher als der kürzeste Tag im Jahr, in Wirklichkeit ist's der Thomastag. In diesen Nächten geben nach altem Volksglauben Dämonen um, durch Lärm will man sie vertreiben. Die Hirten von Villingen machten um diese Zeit mit ihren Hörnern großes Getöse. Die Klopfnächte werden in Kirchhofen bei Freiburg sagt man von den Donnerstagen vor Weihnachten, daß es „bispeit“.

Hinter der Adventszeit aber steht das inzigste Fest des Jahres: Weihnachten!

Die Speyerer Freundin großer Männer

Sophie de La Roche zum 229. Geburtstag

Es war mit die berühmteste Pfälzer Frau, deren Geburtstag am 6. Dezember 1951 zum 229. Male wiederkehrte. In ihrem stillen Heim an der Maximilianstraße zu Speyer, das heute eine Erinnerungsstiftung schmückt, kehrte Schiller mit Mannheimer Freunden mehr als einmal ein, aber auch Schillers Gattin, Charlott von Lengsfeld, Herzog Karl August von Weimar, Lavater, Jung-Stilling, Pfeffel, Johann Georg Jacobi und noch mancher Träger eines klangvollen Namens; keine Persönlichkeit von Ruf kam in den sechs Jahren, die Sophie von La Roche in Speyer lebte, durch die alte Kaiserstadt, ohne bei der „guten Mama“ vorzusprechen, die auch in Goethes Leben eine Rolle gespielt hat.

Nach herben Herzenserfahrungen, von denen sie die Lösung der Verlobung mit ihrem geistesverwandten bekannten Vetter Wieland am schwersten traf, war Sophie Guetermann aus Kaufbeuren die Gattin des kurmainzischen Hofrates G. M. de La Roche geworden, den Kurfürst Clemens Wenzel von Trier 1771 in seine Dienste berief. Dort in Ehrenbreitstein bei Koblenz öffnete sich schon das Haus La Roche allem, was in der literarischen Welt eine Rolle spielte: man konnte hoffen, in diesem Hause jede Schattierung von Talenten und Tugenden zu finden, die im Kreis von etlichen Meilen ringsum wohnten. Als Sophies Gatte wegen eines freimütigen Buches bei seinem Herrn in Ungnade gefallen war, siedelte die ganze Familie nach Speyer über, wo der befreundete, feinsinnige Domherr Baron von Hohenfeld sein geräumiges

Haus bei der Dreifaltigkeitskirche am Markt zur Verfügung stellte. Hier führten nun Sophie und ihr Gatte mit zwei Knaben und dem Hausherrn jenes philosophisch-idyllische Leben, wie es uns Sophie in ihrer zu Speyer herausgegebenen Zeitschrift „Pomona für Deutschlands Töchter“ (1783-84) schildert.

„Wir haben in großer Gesellschaft mit ihr zu Mittag gespeist, wo ich wenig Gelegenheit fand, sie recht zu genießen; doch fand ich gleich, was der Ruf von ihr ausbreitet, die sanfte, gute, geistvolle Frau, die zwischen 50 und 60 Jahre alt ist und das Herz eines 19-jährigen Mädchens hat“, schreibt Schiller über seinen Antrittsbesuch an einem der ersten Oktobertage des Jahres 1783 an seine mütterliche Freundin Henriette von Wolzogen. Es war der Geist des edlen Maßes, der Humanität und Aufklärung, der den jugendlichen Dichter der Räuber in diesem Speyerer Hause unweinte, und Schiller kam wieder zu ihr.

Es ist Sophies Verdienst, daß der deutsche Roman Seele bekam. Sophie wollte erziehen, wollte Frauen erziehen. So faßt Sophie in ihren „Briefen über Mannheim“ ihr Programm der Frauenerziehung zusammen: Wenn das Schicksal auch alles nähme, was mit dem Gepräge des Glücks, der Vorzüge und des Vergnügens bezeichnet ist, so wollte sie in tugendhaften Grundsätzen des Herzens und in wohlwollender Nächstenliebe die größten Hilfsquellen finden. Sophie wurde so zu einem bedeutungsvollen Glied in der deut-

lichen Frauenbewegung ihrer und der späteren Zeit.

Sie wollte aber auch deutsche Frauen erziehen und wandte sich mit allem Nachdruck gegen die Nachäffnung fremder Art und Sitten: „Laßt uns alle Seelenkräfte zusammenfassen, das Reich der Mode zu zerstören! Laßt uns einen Nationalcharakter behaupten, nicht mehr alles, was uns fremd ist, mit unverantwortlichem Leichtsinne nachahmen! Den Wunsch, durch unsere körperliche Schönheit zu gefallen, den uns die Natur selbst eingab, brauchen wir nicht zu unterdrücken. Aber seid Deutsche! Seid einfach in eurer Kleidung, zieht euch nach eurem Gesicht und eurer Gestalt an, kauft Sachen, die dauerhaft sind! Geht den Weg, der nur allein zum wahren Glück führt! Wirkt Gutes, lernt es aus Büchern, die weise Menschen für euch schreiben, von Bösen unterscheiden! Und je mehr sich euer geistiges Wesen ausbreitet, je richtiger euer moralisches Gefühl wird, je mehr eure Kraft, das Gute, was ihr wißt, auszuüben, wächst, desto glücklicher werdet ihr sein!“ Und zu den Männern gewandt, denen nur durch gemalte Backen und einen Anputz unsere Frauen gefallen können, sagt sie: „Ihr seid unwert, daß das Herz eines deutschen Weibes vom Bestreben, euch zu gefallen, belebt werde.“

Es sind nur ein paar Sätze aus diesen eindringlichen Mahnungen, die Sophie La Roche in ihrer Speyerer Zeitschrift „Pomona“ an ihre Zeitgenossen und Zeitgenossinnen richtete.

Sophie siedelte mit ihrem Gatten von Speyer nach Offenbach a. M. über und starb dort am 18. Februar 1807. Auf dem Friedhof des vor Offenbach liegenden Dörfchens Bürgel fand das Paar die letzte Ruhe.

Professor Albert Becker

Südwestdeutsches Panorama

Band I des Handbuchs für Fremdenverkehr

Bisher fehlte in der Nachkriegszeit ein mit amtlicher Unterstützung herausgegebener umfassender Wegweiser durch Deutschland für Kur, Reise und Erholung. Als neue Folge des früheren „Reichshandbuchs“ füllt jetzt das „Deutsche Handbuch für Fremdenverkehr“ diese Lücke. Der Deutsche Adreßbuch-Verlag Darmstadt hat in enger Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Verkehrsverbände Frankfurt, der den Auftrag zur Herausgabe erteilte, sowie mit dem Deutschen Bäder-Verband und dem Deutschen Reisebüro-Verband ein graphisch vorbildlich in Kupfertiefdruck gestaltetes Nachschlagewerk geschaffen.

Der erste Band, umfassend den südwestdeutschen Raum (Württemberg, Baden, Bodensee), liegt fertig vor. Drei weitere Bände werden in kurzen Zeitabschnitten erscheinen. Der Band enthält mehr als 600 ausführliche Ortsbeschreibungen mit allen wissenswerten Angaben einschließlich der Unterkunstmöglichkeiten und Hunderte von schönen Landschaftsaufnahmen. Gute Karten und Kartenskizzen erhöhen den Wert des Buches.

Der bekannte Reisechriftsteller Kasimir Edschmid, Darmstadt, zeichnete in einem Artikel „Südwestdeutsches Panorama“ die geographischen, historischen und kulturellen Zusammenhänge und würdigt den Raum, in dem sich ein gut Teil deutscher Geschichte — Zeiten des Glanzes und des Niederganges — abgespielt hat.

Weinbrenner-Kirche aufgebaut

Im Frühjahr 1945 war die Weinbrennerkirche in Altenheim durch Brandbomben bis auf die Außenmauern vernichtet worden. Nach zweijähriger Aufbauarbeit ist sie jetzt wieder erstellt worden. Unter der Leitung von Oberbaurat Hampe vom Kirchenbauamt Baden ist ein Gotteshaus entstanden, das dem alten im Krieg zerstörten Weinbrennerbau in nichts nachsteht.

In der neuen Heimat zu wenig gepflegt wird oder gar verlorengelut.

Viele interessierte Heimatvertriebene, vor allem in Baden ansässige, meldeten sich schon zur Mitarbeit, darunter ein Heimatkundler aus Pommern, der eine stattliche Anzahl von Literatur seiner alten Heimat zusammengetragen hat. Wie von der Zentralstelle zu erfahren war, handelt es sich bei dem bis jetzt angebotenen Kulturgut um durchweg hochwertiges Material. So schickte ein Oberlandesrat aus dem Altvergebirge ein Schulheft mit persönlichen Aufzeichnungen über das Brauchtum seiner Heimat und kündigte acht weitere derartige Hefte an, in denen er alles aus dem Gedächtnis zusammenstellte. Eine Lehrerin verfaßte eine Monographie über ihr ostdeutsches Heimatdorf, die sie ebenfalls zur Verfügung stellt. Ferner kam umfangreiches Bildmaterial aus der Slowakei, dem Buchenland, Bessarabien und dem Schwarzmeerdeutschtum zusammen.

Bei der Freiburger Zentralstelle selbst lagen schon vorher gewichtige Unterlagen vor, erhebliche Bestände an Volksliedaufzeichnungen, darunter Sammlungen von Prof. König selbst, die er von Siebenbürgen und dem Banat zusammengestellt hatte. Erzählungen, Lieder und Schwänke geben ebenfalls Einblick in das ostdeutsche Brauchtum. Erlebnisberichte von der Vertreibung, 1400 Diasporabriefe und unzählige Photos runden das bis jetzt vorhandene geistige Gut der Vertriebenen ab.

Umgekehrt werden aber auch von Freiburg aus Unterlagen zur Verfügung gestellt. Landsmannschaften und Verbände fordern für Vorträge und Zusammenkünfte schriftliches und bildliches Material an. Aus dem ganzen Bundesgebiet ist täglich zu erfahren, wie groß die Freude über die „Zentralstelle für Volkskunde der Heimatvertriebenen“ in Freiburg zu überlassen, die unter der Leitung des bekannten badischen Volkskundlers Prof. Dr. Johannes König steht. Damit soll verhindert werden, daß altes Brauchtum der Vertriebenen

Sonne, Frieden und Fleiß

Zum 100. Geburtstag des Malers Schönleber

Die Sonne mit Pinsel und Farbe einzufangen, gelingt nur wenigen Künstlern ganz; aber die Reflexe des Himmelslichts auf Felsen und an Hauswänden, auf der Meeresfläche und auf grünen Matten wiederzugeben — dazu gehört mehr als gute Beobachtungsgabe und Fingerspitzengefühl für die Anwendung der Farbe! Ein württembergischer Maler beherrschte diese Kunst in Vollendung: Der Bietigheimer Gustav Schönleber, dessen Geburtstag sich am 3. Dezember zum 100. Male jährte. In wievielen Häusern, Kunstsammlungen und Galerien der engeren und weiteren Heimat hängen doch die Landschaften dieses Malers! Nur wenigen Künstlern ist so viel Erfolg und Glück schon zu Lebzeiten beschieden, wie es bei ihm der Fall war. Aber er verschwendete die Fülle der Schicksalsgaben nicht, sondern erwies sich ihrer würdig und gab dieser Würde in allen seinen Bildern lebendigen Ausdruck.

Ein weites Gebiet umfassen seine landschaftlichen Darstellungen: Sattte holländische Weiden und Deichgeenden, romantische Uferstellen bei Nervi und Genoa, die Lagunen Venedigs, der Danziger Fischmarkt, die alten Häuser Lübecks sprechen uns an. Motive aus Antwerpen, Ostende und Amsterdam bezubehern, die Brandung an der Riviera brüllt und scharfe Herbststürme toben bei Rapallo; die Normandie und Rheingegend erhielten Licht, und Leben durch die Meisterhand Schönlebers.

Seine besondere Liebe gehörte natürlich der Heimat. „Bietigheim“ ist eines der bekanntesten Werke, ein helles, duftig grünes Bild, links der dicke Turm und rechts die Neckarbrücke, dazwischen, bockig und verschachtelt, die Häuser des Städtchens. Der Leihpeltner Nachtwächter tritt vor uns hin,

und das Hochwasser von Lauffen ist im Bild festgehalten. Auch Bietigheim selber, dann Sersheim, Horrheim, Uhlbach Edlingen, Rotenburg und Schweningen reizten den unermüdlichen Maler zu immer neuer Darstellung.

All die vielen verschiedenartigen Landschaften verbindet eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung in Form und Farbe trotz ausgeprägtem Naturalismus und voller Töne. Fest ragen von Wellen bespritzte Felsen aus dem Meer, fein abgestuft sind dünne und starke Schatten, leuchtendes und verblassendes Sonnenlicht, sibirig-dunstig webt es über einer Kanallandschaft, und eine dumpfe Hitze liegt über den menschenleeren Hafengassen einer kleinen italienischen Stadt.

Des Vaters Tuchfabrik in Bietigheim bot dem jungen Schönleber eine sichere wirtschaftliche Grundlage. Auf die Realschule in Ludwigsburg und das Polytechnikum in Stuttgart folgte, dem Rat des Professors Conz gemäß, der Schönlebers Talent erkannte, ein Studium in München. Dann reiste Gustav Schönleber durch südliche und westliche Länder, kopierte alte Meister, sammelte Eindrücke und drang langsam in die Fernwelt der Natur ein: sie richtig wiederzugeben, setzte er sich zum Ziel. Unendlich viel Mühe und Konzentration wandte er dafür auf, aber er konnte seine Landleute schon bald mit scharf empfunden und doch großzügig wiedergegebenen Stimmungen und Bildern ihrer Heimat erfreuen.

Durch die Berufung als Professor an die Karlsruher Kunstakademie — auf Veranlassung des Großherzoglich-Badischen Herrscherhauses im Jahre 1880 — durch die Große Goldene Medaille der Berliner Ausstellung von 1899 und viele andere Auszeichnungen wurde Gustav Schönlebers Werk und Können offiziell anerkannt und geehrt. Der biedere, gutmütige Schwabe schuf sich einen großen

Freundeskreis dem es zu verdanken ist, daß seine Werke noch heute so treu bewahrt und hoch geschätzt werden. Auch ausländische Museen und Sammler erwarben zahlreiche Bilder des Meisters. Mit nur einem Auge sah der Künstler, der 1918 durch ein Herzleiden mitten aus fruchtbarer Arbeit gerissen wurde, die schönen Motive, die er in mehreren Hundert großer und kleiner Darstellungen wiederergab. Gerade seine kleinen Kunstwerke — feine Zeichnungen und zarte Radierungen — offenbaren noch besser Schönlebers großartige Naturbeobachtung als die flüchtigen Ölbilder.

Unter materieller Not hatte der Künstler nie zu leiden, denn wenn ein Bild fertig war, fanden sich sofort mehrere Interessenten; zu seinen Lebzeiten kamen schon Käufer aus dem Ausland, wohin der Ruf des Landschaftsbildners rasch gedrungen war. Noch heute werden seine Werke gerne und zu hohen Preisen gehandelt, wenn sie auch selten aus Privatbesitz abgestoßen werden. Viele junge Maler gingen nach Karlsruhe, um bei ihm zu lernen. Gustav Schönleber versuchte ihnen das zu geben, was er selbst in allen seinen Werken auszudrücken vermochte: den Frieden, der jede Landschaft umfließt, wenn sinnende und doch scharfe Blicke über sie schweifen.

D. P.

Altes Brauchtum der Flüchtlinge

Volkskundliche Sammlung in Freiburg

Der Verband der deutschen Vereine für Volkskunde forderte vor kurzem die Heimatvertriebenen auf, ihr überliefertes Kultur- und Volksgut zu sammeln und es der neugegründeten „Zentralstelle für Volkskunde der Heimatvertriebenen“ in Freiburg zu überlassen, die unter der Leitung des bekannten badischen Volkskundlers Prof. Dr. Johannes König steht. Damit soll verhindert werden, daß altes Brauchtum der Vertriebenen

B 484942

B 484942

B 484942

Je Wettschein werden 3 Pfennig Unkostenbeitrag und 3 Pfennig für die Mängelversicherung erhoben.



Dein Wunschzettel: Der Tipschein

Weihnachtswünsche gehen in Erfüllung

Durch einen Gewinn im grössten deutschen Toto mit der beliebten 12er- und 10er-Wette

Was jeder wissen muß: Sie können die 12er oder 10er Wette oder beide spielen! — Jede Wette einzeln kostet 1,- DM. Dazu kommt je Wettschein 10 Pf. Inkassogebühr einschließlich Baugeldersatz.

Achtung! Baugeld-Verlosung!
Wöchentlich 45 mal DM 3000,-
Wohnungsbauzuschüsse im WEST-SUD-BLOCK!

Jeder Wettschein ist gleichartig wie kein mit der Savina-Chance von 3000,- DM, unabhängig davon, ob richtig oder falsch getippt wurde.

So wird's gemacht:

- 1 = Club 1 gewinnt
- 2 = Club 2 gewinnt
- 0 = Unentschieden

A-, B- und C-Abschnitt müssen gleichzeitig ausgefüllt sein. — Anzahl bitte in Breckbüchertchen.

Jede Annahmestelle des WB Toto stellt Sie gerne. — Annahmestellen überall in Württemberg und Baden.

Beispiel:
Zwei 12er-Tipscheine = 1 DM
Zwei 10er-Tipscheine = 1 DM

Zwölfer		Zehner	
1	2	1	2
10		02	
02		10	
11		10	
01		12	
11			

Gewinn (12) Wette I II III
feststellung (10) Wette I II III

Name und Anschrift des Absenders in Breckbüchertchen

Herr
Frau
Frl.

Mit der Einreichung einer Wette erachtet der Wetzler die Wettbestimmungen der Stadt, Sport-Toto GmbH, ab.

WB-TOTO im WEST-SUD-BLOCK

